

2 Globalisierungskritik im Kontext: Analytische Prämissen

Bevor mit der Auswertung der globalisierungskritischen Texte begonnen wird, gilt es zu klären, warum diese Texte ausgewählt wurden und wofür sie stehen. Dies geschieht in zwei Schritten: Zunächst wird die Globalisierungskritik als Position historisch und systematisch eingeordnet. Damit wird aufgezeigt, in welchen größeren Diskussionszusammenhang sich die Globalisierungskritik einfügt und aus welchen Teilen sie besteht. Danach wird die Globalisierungskritik insgesamt inklusive ihrer Teilströmungen als soziale Bewegungen mit ihren eigenen Protagonisten und ihrer je spezifischen Vorgeschichte präsentiert. Schließlich wird die hier zu Grunde gelegte Theorie der Erfahrung skizziert, die die dann folgende Analyse leitet.

2.1 GLOBALISIERUNG UND GLOBALISIERUNGS- KRITIK – ENTSTEHUNG UND DIFFERENZIERUNG EINER POSITION

Voraussetzung für das Entstehen einer „Globalisierungskritik“ ist das Bewusstsein über und die Rede von „Globalisierung“. Deshalb wird im Folgenden skizziert, ab wann überhaupt von „Globalisierung“ die Rede ist, sowie ab wann die Globalisierungskritik als Position Teil dieses umfassenderen semantischen Feldes wird.

2.1.1 Globalisierung: Auftauchen und Aufstieg eines Topos

Obwohl „Globalisierung“ eine Wortschöpfung des zwanzigsten Jahrhunderts ist, gehen Auseinandersetzungen mit dem zugehörigen Bedeutungsfeld – dem Bewusstsein über die Zugehörigkeit verschiedener Regionen zu einer einzigen „Welt“ – wesentlich weiter zurück.

Als Vorläufer der Begriffe „Globalisierung“ und „Weltgesellschaft“ lässt sich die Bezeichnung „Weltreich“ verstehen, die für expansive Ordnungen seit dem ersten Perserreich aus dem sechsten vorchristlichen Jahrhundert verwendet wird, und zwar nicht nur in der rückblickenden Klassifizierung, sondern auch in der jeweiligen Selbstinterpretation der betreffenden Einheiten (vgl. Voegelin 1962: 171). „Weltreich“ meint dabei nicht nur den Anspruch auf die Beherrschung der bekannten bewohnten Fläche, sondern gleichzeitig die Überzeugung, die kosmische Ordnung zu verkörpern (vgl. *ibid.*: 174; 179).

Die Präsenz eines Bewusstseins für die Globalität und Verflechtung konkreter weltgeschichtlicher Ereignisse zeigte sich erstmals und gleich deutlich in Polybios' Anspruch, von der Schilderung einzelner „historiai“ zu einer „historia“ der „oikumene“ (Polybios 1961: 3 [Geschichte I, 1,3]) überzugehen. Den Wendepunkt markierte für ihn der Sieg der Römer im zweiten punischen Krieg:

„In den vorangehenden Zeiten lagen die Ereignisse der Welt gleichsam verstreut auseinander, da das Geschehen hier und dort sowohl nach Planung und Ergebnis wie räumlich geschieden und ohne Zusammenhang blieb. Von diesem Zeitpunkt an aber wird die Geschichte ein Ganzes, gleichsam ein einziger Körper, es verflechten sich die Ereignisse in Italien und Libyen mit denen in Asien und Griechenland und alles richtete sich aus auf ein einziges Ziel“ (Polybios 1961: 3 [Geschichte I,3]).

Dieses „Ziel“ sah Polybios in der Entstehung des römischen Weltreichs, dessen letztlichem Verfall gemäß den Rhythmen des Kosmos er jedoch gleichzeitig antizipierte (vgl. Löwith 1983 [1950]: 252). Die christliche Theologie ging ebenfalls von einem weltweiten Maßstab aus, wenn sie die Verbreitung des Christentums über die gesamte „Ökumene“ als Ziel formulierte, verlagerte die Erfüllung dieses Ziels jedoch in die Eschatologie (vgl. Voegelin 1962: 184). Dabei knüpfte es an den ursprünglich kynischen, von der frühen bis zur späten Stoa weiterentwickelten Gedanken des Kosmopolitismus an, der auch die naturrechtliche Vorstellung von der Einheit des Menschengeschlechts beeinflusste (vgl. die Rekurse auf Zenos *Politeia* bei Plutarch: Arnim 1921: 60 f. [De Alexandri Fortuna 329a–b]; Seneca 2003: 39 [De Otio 4.1]; vgl. Sellars 2007).

Das Bewusstsein für den Zusammenhang der Welt als Einheit intensivierte sich in der Zeit der europäischen Expansion, nachdem Fernão de Magalhães 1522 mit der ersten Weltumsegelung die Kugelgestalt der Erde bewiesen hatte (vgl. Osterhammel/Petersson 2007: 45; Bach 2013: 57). In das sechzehnte Jahrhundert fällt auch die irreversible Entstehung eines weltweiten Interaktionsraumes, unter anderem durch den Aufbau des spanischen und portugiesischen Kolonialreiches, durch stabile Handelsbeziehungen nach Asien, durch intensive –

und in Form des Sklavenhandels erzwungene – Migration, sowie die wechselseitige Beeinflussung durch Erreger, Tiere und Pflanzen (vgl. Osterhammel/Petersson 2007: 25; 36–41; Zeuske 2013: 85).

Im achtzehnten Jahrhundert entwickelten Philosophen wie Turgot und Condorcet dann die Vorstellung von der fortschreitenden „Einheit der Menschheit“, deren Beginn sie in die Vergangenheit projizierten und deren Gipfel sie als globalen, intensiven Handel und Kontakt zwischen zuvor isolierten Nationen imaginierten (vgl. Voegelin 1962: 181 f.). Dieses Bewusstsein verdichtete sich im Laufe des neunzehnten Jahrhunderts im Zuge von Industrialisierung und Imperialismus durch Innovationen im Transport- und Kommunikationswesen (vgl. Bach 2013: 59).

Kurz vor dem ersten Weltkrieg hatte die Verwendung von Komposita wie „Weltpolitik, Weltwirtschaft, Weltmächte und Weltreiche“ Hochkonjunktur, was auf eine Orientierung an der gesamten Erde als Bezugsrahmen für Politik und Wirtschaft hindeutet (Conrad 2006: 48; vgl. auch Bach 2013: 64). Weltkrieg und Weltwirtschaftskrise beförderten zwar den Nationalismus, führten jedoch auch die Verflochtenheit und gegenseitige Abhängigkeit der Staaten vor Augen. Dies gilt in noch stärkerem Maße für den Zweiten Weltkrieg, an dessen Ende die erste Erwähnung des englischen Verbs „to globalize“ steht.

Noch während der letzten Kriegsjahre und in der unmittelbaren Nachkriegszeit wurden Versuche unternommen, der globalen Katastrophe des Krieges eine ebenfalls globale positive Zukunftsvision gegenüberzustellen (vgl. Bach 2013: 92). Eine solche Vision formulierten die beiden US-amerikanischen Philosophen Oliver Reiser und Blodwen Davies in ihrem 1944 erschienenen Werk „Planetary Democracy“. Darin gingen sie von der Kriegserfahrung aus, die die Kämpfe an entfernten Punkten der Welt zu persönlichen Anliegen aller werden ließ: „Our minds and emotions [are] already enriched by the personal concern in all of us by events all over the planet“ (Reiser/Davies 1944: 95; vgl. Bach 2013: 92). Auf dieser Grundlage und unter dem Eindruck vielversprechender Entwicklungen wie der Formulierung der „Atlantic Charta“ beschworen sie das Ende des Nationalismus und den Beginn eines Zeitalters der internationalen Demokratie herauf. In der Zusammenfassung ihres Anliegens fällt das jeder Rede von der „Globalisierung“ zu Grunde liegende Verb: „In brief, we are globalizing democracy“ (ibid.).⁹

9 Im selben Jahr tauchte auch das Substantiv „globalization“ auf, und zwar in einem Artikel des Journalisten Lucius Harper im „Chicago Defender“: Darin zitierte er aus dem Brief eines in Australien stationierten schwarzen amerikanischen Soldaten. Dieser spricht darin über die globale Reichweite kultureller und politischer Ansichten zur Frage der Schwarzen in den USA als „globalization of our problems“ (vgl. James/

Wenige Jahre später tauchte auch das französische Pendant ebenfalls im Kontext einer positiven Vision weltweiter Kooperation auf, und zwar mit praktischem Impetus: Der „Front Humain des Citoyens du Monde“ machte es sich zur Aufgabe, die Erklärung von Kommunen zu „Weltgemeinden“ zu fördern. Die erste Gemeinde, die sich offiziell zur „commune mondialisée“ erklärte, war 1950 Cahor in Südfrankreich (vgl. Bach 2013: 91).

Eine erste wissenschaftliche Erwähnung des Substantivs „globalization“ findet sich hingegen in einem 1951 in den „Annals of the American Academy of Political and Social Science“ veröffentlichten Artikel, der in mehrfacher Hinsicht bemerkenswert ist: Er verwies zum einen auf den einheitsstiftenden Charakter der mittelalterlichen Kirche als Vorläufer der aktuellen, von der Industrialisierung angetriebenen Globalisierung, zum anderen thematisierte er bereits das später intensiv diskutierte Verhältnis zwischen dem Lokalen und der Globalisierung (vgl. James/Steger 2014: 429):

„With industrialism, a new cultural system has evolved in one national society after another; its global spread is incipient and cuts across every local ethos. Replacing the central mythos of the medieval Church, this new culture pattern is in a process of ‚globalization‘, after a period of formation and formulation covering some three or four hundred years of westernization“ (Meadows 1951: 11 zitiert nach James/Steger 2014: 429).

Meadows' Thematisierung stand im Kontext der Entwicklung früher Modernisierungstheorien, die sich mit den Wirkungen der fortschreitenden Industrialisierung auseinandersetzten (vgl. Bach 2013: 93 f.). Daneben wurde der Globalisierungsbegriff in den fünfziger und sechziger Jahren in weiteren Zusammenhängen verwendet: Dazu gehörte das Feld der internationalen Organisationen und internationalen Beziehungen, die sich auch als akademische Disziplin etablierten, so dass Bezeichnungen wie „globalization of world politics“ oder „globalization of international politics“ zunehmend verwendet wurden, wenn auch noch nicht als Zentralbegriffe (vgl. *ibid.*: 98). So betonte der UN-Experte Inis Claude, die

Steger 2014: 428). Die Monographie von Reiser und Davies hat jedoch offensichtlich eine größere Rezeption erfahren. Sie ist auch die Quelle für die erste Erwähnung des Verbs „to globalize“ in einem Wörterbuch, im „Webster's new English dictionary“ von 1961. Die Definition, für die Reiser/Davies als Quelle dienen, lautet hier: „to make global; esp. to make worldwide in scope or applications (Webster's 1961: 582). Etwas über zehn Jahre nach dem US-amerikanischen Wörterbuch nimmt der Grand Larousse de la Langue Française von 1973 den Begriff „mondialisation“ auf und definiert ihn als „action de rendre mondial, ou le fait de devenir mondial; expansion qui s'entend au monde entier“ (Grand Larousse 1973: 2245).

Vereinten Nationen reflektierten „the steady globalization of international relations“ (Claude 1965: 837; vgl. Bach 2013: 96; James/Steger 2014: 427). Ein Artikel des Politikwissenschaftlers George Modelski aus dem Jahr 1968 thematisierte „Globalisierung“ auf wegweisende Art, indem er die Entstehung einer neuen, zunehmend unabhängigen Ebene der Interaktion beobachtete: „A condition for the emergence of a multiple-autonomy form of world politics arguably is the development of a global layer of interaction substantial enough to support continuous and diversified institutionalization.“ (Modelsky 1968: 389, zit. nach James/Steger 2014: 427; vgl. auch Bach 2013: 100 f.).

Neben der kulturellen und der politischen Sphäre wurde der Ausdruck „Globalisierung“ ab den sechziger Jahren auch in dem Bereich verwendet, der später die Globalisierungsdebatte dominieren sollte, nämlich der Wirtschaft. Die Vertreter dieser Richtung, die ebenfalls in den USA ihren Ausgangspunkt hat, beobachteten mit großem Enthusiasmus die Entstehung einer neuen Entität, der „Multinational Corporation“ (vgl. Bach 2013: 131 f.). Diesem Phänomen widmete etwa das Time Magazin 1967 eine Titelgeschichte, in der der CEO von Standard Oil, Michael Haider, mit den Worten zitiert wird: „I see no limit to the globalization of American Business“ (Time Magazine 1967, vgl. Bach 2013: 131).

Unter umgekehrten Vorzeichen fiel der Globalisierungsbegriff bereits ein Jahr nach diesem Hochruf auf die unbegrenzten Möglichkeiten globalisierter Konzerne auch im Kontext eines revolutionäreren Appells. In seiner Rede auf dem Vietnam-Kongress von 1968 sprach der Studentenführer Rudi Dutschke von der Dritten Welt als „Gesamtheit der unter dem Terrorismus des von den ‚giant-corporations‘ bestimmten Weltmarktmechanismus leidenden Völker“ (Dutschke 1980 [1968]: 105). Dagegen setzte er die „Globalisierung der revolutionären Kräfte“ als „wichtigste Aufgabe der ganzen historischen Periode, in der wir heute leben und an der menschlichen Emanzipation arbeiten“ (ibid.; vgl. Bach 2013: 132).

Auch jenseits der marxistisch inspirierten und auf eine weltweite Revolution abzielenden Stoßrichtung äußerten Autoren im Laufe der siebziger Jahre massive Kritik an der Macht und Unkontrollierbarkeit multinationaler Konzerne. Paradigmatisch steht dafür die Monographie „Global Reach: The Power of the Multinational Corporations“ (Barnet/Müller 1974), in der die Autoren warnten: „The structural transformation of the world economy through the globalization of Big Business is undermining the power of the nation-state to maintain economic and political stability within its own territory“ (ibid.: 302; vgl. dazu auch Bach 2013: 146).

Des Weiteren wurde in der Globalisierungsdebatte der siebziger Jahre auf die Begrenztheit der Ressourcen des gesamten Planeten und die globale Natur bestimmter Umweltgefahren abgehoben (vgl. *ibid.*: 109). Eine wichtige Rolle spielte dafür eine bestimmte visuelle Erfahrung, nämlich das während des Fluges von Apollo 8 (1968) aufgenommene Bild des „Blauen Planeten“ inmitten des unendlichen Universums. Das von der NASA unter dem Titel „Earthrise“ veröffentlichte Bild rief die Bedeutung der Erde als gefährdete „gemeinsame Lebenshülle“ (Sachs 1993: 182) ins Bewusstsein, was der Forderung nach ökologischer Verantwortung „so etwas wie eine ontologische Rechtfertigung“ (*ibid.*) zukommen ließ (vgl. Bach 2013: 70 f.).

Parallel zu einem stärker auf die „Globalisierung von Gefahren und Herausforderungen“ (Independent Commission on Development Issues 1980: 27; vgl. Bach 2013: 112) abhebenden Denken entwickelte sich auch im Wirtschafts- und Managementdenken im Laufe der achtziger Jahre ein Bewusstsein dafür, dass die US-amerikanischen transnationalen Konzerne nicht nur Protagonisten, sondern auch Opfer der Globalisierung werden könnten. Paradigmatisch dafür steht der wirkmächtige Essay „The Globalization of Markets“, den Theodor Levitt 1983 im „Harvard Business Review“ veröffentlichte und in dem er mit warnendem Unterton prophezeite: „Companies that do not adapt to the new global realities will become victims of those that do“ (Levitt 1983: 92; vgl. dazu Bach 2013: 151 f.)¹⁰

Der Abbau nationaler Begrenzungen und Regulierungen hatte auch jenseits der Frage der Erfolgchancen einzelner Konzerne weitgehende Folgen, und zwar vor allem im Bereich der Finanzmärkte. Dies reflektierten auch die Massenmedien ab Ende der achtziger Jahre, indem sie etwa „the globalization of financial markets“ (Auerbach 1987, zit. nach Bach 2013: 158) als Grundlage für weltweite rapide Kursverluste am „Black Monday“, dem 19. Oktober 1987, verantwortlich machten.

Darüber hinaus wurde der Begriff in den achtziger Jahren auch im akademischen, u.a. soziologischen Kontext verwendet, um einen umfassenden Prozess zu bezeichnen (vgl. *ibid.*: 124; 160). Vorreiter war hier Ronald Robertson, der 1985 den Terminus in seinem religionssoziologischen Essay „Humanity, Globalization and Worldwide Religious Resurgence“ in Zusammenhang mit dem Menschheitsbegriff brachte: „We employ the term ‚globalization‘ to refer to the

10 In mehreren journalistischen und wissenschaftlichen Artikeln wird Levitt zu einem Pionier der Globalisierungsrede, wenn nicht sogar zum „Erfinder des Begriffs“ erhoben, was nicht haltbar ist (vgl. James/Steger 2014: 418, wo auf eine solche Stilisierung Levitts in einem Nachruf aus der New York Times vom 6. Juli 2006 verwiesen wird; auch Tyrell (2005) schreibt Levitt die Rolle eines Vorreiters zu).

element of directionality involved in the realization of the global-human condition“ (Robertson 1985: 238).

In den achtziger Jahren diente „Globalisierung“ also zunehmend dazu, ein eigenständiges Phänomen zu bezeichnen (vgl. Bach 2013: 157 f.). Die Transformation zu einem Zentralbegriff fiel jedoch in die Zeit um 1990 (vgl. *ibid.*: 84). Dem Ergebnis dieser Transformation ist das nächste Teilkapitel gewidmet.

2.1.2 Globalisierung und Globalisierungskritik seit den neunziger Jahren – systematische Analyse einer Debatte

In den neunziger Jahren avancierte der Globalisierungsbegriff zum Schlagwort der Gegenwartsbeschreibung schlechthin, das mit dem „Pathos des Epochenwechsels“ (Görg 2004: 106) verwendet wurde. Zentrales Moment dieses Epochenwechsels war das Ende des Ost-West-Konflikts, das die Zweiteilung der Welt beendete und damit eine gemeinsame Zukunft des gesamten Planeten vorstellbar werden ließ. Mit dieser Zäsur und der Intensivierung der zuvor begonnenen Prozesse der weltweiten Verdichtung von Beziehungen entstand ein weit über Journalismus und Wissenschaft hinausgehendes Bewusstsein darüber, das den Alltag großer Teile der Menschheit seither prägt: „[S]ubstantial parts of humanity have staked significant parts of their policies, their fortunes, their careers, their identities and their convictions on the premise that the present is an increasingly global world“ (Scholte 2005: 1).

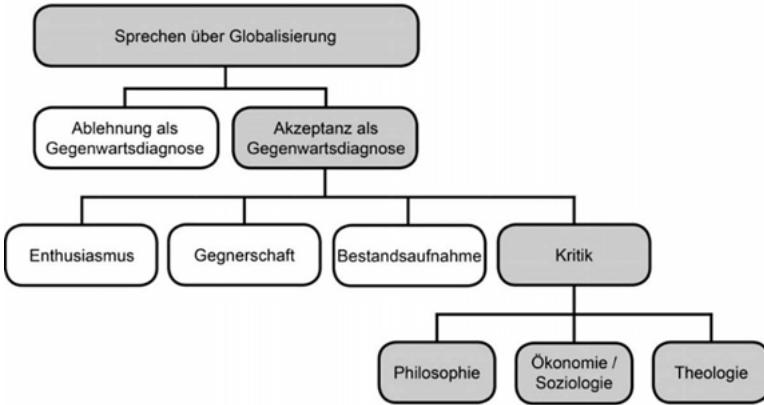
Mit der „diskursiven Explosion“ (James/Steger 2014: 419) des Globalisierungsbegriffs und seiner Übernahme in sehr viele Sprachen der Welt – eine Tatsache, die selbst als ein Indiz für die Existenz eines Prozesses der Globalisierung gesehen wird (vgl. Held/McGrew 2007: 3)¹¹ – ging auch eine zunehmende

11 Nachdem englische und französische Wörterbücher den Begriff bereits in den sechziger bzw. siebziger Jahren aufnahmen, folgen italienische, deutsche, spanische und auch portugiesische erst in den neunziger Jahren nach. Im Italienischen wird zunächst „globalizzazione“ als pädagogischer Begriff im Sinne einer „globalen Erfassung der Realität“ erwähnt (vgl. Zingarelli 1970: 759). Später wird der aus dem Französischen übernommene Begriff „mondializzazione“ im politisch-ökonomischen Sinne aufgenommen und definiert als „situazione per cui i grandi problemi politici, sociali, economici e sim. vengono a investire il mondo intero, rendendo quindi necessaria una loro risoluzione a livello mondiale“ (Zingarelli 1983: 1183). Erst 1994 erscheint „globalizzazione“, definiert als „tendenza di mercati o imprese ad assumere una dimensione mondiale, superando i confini nazionali o regionali“ (Zingarelli 1994: 788). Deutsche Wörterbücher und Nachschlagewerke nehmen den Begriff extrem spät auf: Die zweite, achtbändige Auflage der des Großen Wörterbuchs der deutschen

Undeutlichkeit der Begriffsverwendung einher. Gleichzeitig mehrten sich die Stimmen, die nicht nur die damit bezeichneten Phänomene kritisieren, sondern auch den Begriff selbst als sinnlos oder ideologisch ablehnen (vgl. Bach 2013: 198). Aufgrund dieser Komplexität der gleichzeitigen Verwendung eignet sich das Verfahren der Typologie, um die Verwendung von „Globalisierung“ seit den neunziger Jahren abzubilden. Eine solche Systematisierung bildet die Grundlage für die genauere Abgrenzung der Position der „Globalisierungskritik“ und damit des eigentlichen Gegenstandes dieser Arbeit. Die folgende Abbildung fasst die hier vorgenommene Systematisierung der Globalisierungsrede seit den neunziger Jahren zusammen:

Sprache enthält weder „globalisieren“ noch „Globalisierung“ (vgl. Duden 1993: 1358). Dies ändert sich erst mit der dritten, zehnbändigen Auflage von 1999 (vgl. Duden 1999: 1540). Auch der in Spanien maßgebliche *Diccionario de la Lengua Española* der Real Academia Española enthält in seiner 21. Ausgabe von 1992 weder „global“ noch „globalización“ (vgl. Real Academia Española 1992: 1041). Erst die 22. Ausgabe von 2001 nimmt „globalización“ auf und definiert knapp als „Tendencia de los mercados y de las empresas a extenderse, alcanzando una dimensión mundial que sobrepasa las fronteras nacionales“ (Real Academia Española 2001: 771). Im „*Diccionario del Español de México*“ taucht „globalización“ weder in der Ausgabe 1986 noch in der Ausgabe von 2010 auf (vgl. Colegio de México 1986: 249; Colegio de México 2010: 850). Anders verhält es sich in Wörterbüchern des brasilianischen Portugiesisch. Das maßgebliche Wörterbuch „*Aurélio*“ enthält in der zweiten Ausgabe von 1986 erstmalig die Einträge „globalizado“ und „globalizar“ (vgl. Aurélio 1986: 853), in der dritten Ausgabe von 1999 dann auch „globalização“, allgemein definiert als „ato ou efeito de se globalizar“, und spezifischer als „processo típico da segunda metade do sec. XX que conduz à crescente integração das economias e das sociedades dos vários países, esp. no que toca à produção de mercadorias e serviços, aos mercados financeiros, e à difusão de informações“ (Aurélio 1999: 991). Der 2001 erstmalig erschienene „*Dicionário Houaiss da Língua Portuguesa*“, der sich für das brasilianische Portugiesisch bereits zum Standardwerk entwickelt hat, bezieht bemerkenswerterweise in seiner ausführlichen Globalisierungsdefinition eine dezidiert kritische Position, indem er auf „neokolonialistische“ Handlungen verweist: Die Definition unter 2.1 lautet: „Intercâmbio econômico e cultural entre diversos países devido à informatização, ao desenvolvimento dos meios de comunicação e transporte, à ação neocolonialista de empresas transnacionais e à pressão política no sentido da abdicação de medidas protecionistas“ (Houaiss 2001: 1457). Der im selben Jahr in Portugal erschienene „*Dicionário de Língua Portuguesa Contemporânea*“ enthält keine derartige Kritik der Globalisierung (vgl. Academia das Ciências de Lisboa 2001: 1902).

Abb. 1.: Positionen zu „Globalisierung“



Quelle: eigene Darstellung

Zunächst gilt es zwei grundsätzliche Positionen zum Gebrauch von „Globalisierung“ zu unterscheiden, nämlich eine Position, die den Terminus als für die Gegenwartsdiagnose nicht hilfreich ablehnt und eine Position, die Globalisierung als Schlagwort zur Beschreibung von ökonomischen, sozialen, kulturellen oder politischen Entwicklungen der letzten Jahrzehnte akzeptiert. Die große Gruppe derer, die Globalisierung hingegen als zentrale Kategorie der Gegenwartsdiagnose akzeptieren, lässt sich anhand des Kriteriums der Bewertung von Globalisierung in vier Untergruppen unterteilen: Enthusiasmus, Bestandsaufnahme, Kritik und Ablehnung.

Ablehnung von „Globalisierung“ als Gegenwartsdiagnose

Zu denjenigen Autoren, die den Globalisierungsbegriff ablehnen und als Mythos, Diskurs oder Ablenkungsmanöver verstehen, gehört zum einen der klassische Marxismus. Dieser sieht Globalität als ein dem Kapitalismus inhärentes Phänomen und lehnt daher auch eine Kritik der Globalisierung ohne eine grundsätzlichere Kritik am Kapitalismus als oberflächlich ab: „[t]he AGM [anti globalization movement, C.U.] has failed to engage with capitalism as the driving force behind globalization, and [...] this shortcoming undermines its effectiveness“ (Thomas 2007: 71).

Auch der stark rezipierte Autor John Holloway kann zu dieser Autorengruppe gezählt werden. So betont er gleich zu Beginn seines Buches „Changing the world without taking power“: „The capitalist constitution of social relations

is essentially global. Its non-territoriality is of the essence of capital and not just the product of the current phase of „globalisation““ (Holloway 2010: 95). Die Anführungsstriche, in die er „globalization“ setzt, und die Tatsache, dass der Terminus im gesamten restlichen Text nicht auftaucht, sind ausreichende Indizien dafür, dass er den Globalisierungsbegriff als Analysekatgorie ablehnt.

Eine weitere Gruppe von Autoren kritisiert an der aktuellen Verwendung des Globalisierungsbegriffs, dass er eine Einmaligkeit suggeriert, die den historischen Tatsachen nicht entspricht. Wenn überhaupt von Globalisierung die Rede sein soll, so nur im Sinne einer Entwicklung, die im fünfzehnten Jahrhundert mit der europäischen Expansion und dem Aufbau eines weltumspannenden Systems von Handelsbeziehungen beginnt. Der Moment der größten ökonomischen Integration ist beispielsweise laut Ansicht der Wirtschaftshistoriker Kevin O'Rourke und Jeffrey Williamson die „Belle Époque“ zwischen 1880 und 1914 (vgl. O'Rourke/Williamson 2001).

Anhand empirischer Analysen stellen auch Ökonomen und Politikwissenschaftler wie Paul Hirst und Grahame Thompson die Annahme in Frage, dass die ökonomische Integration der neunziger Jahre als beispiellos gelten kann und wenden sich gegen die Verbreitung „Globaler Mythen“ (vgl. Hirst/Thompson 1996; Hirst/Thompson 2000). Diese Gruppe von Autoren sieht in der Berufung auf die angeblichen „Zwänge der Globalisierung“, besonders durch Politiker der achtziger und neunziger Jahre, ein Ablenkungsmanöver am Werk, durch das die Handlungsfähigkeit der nationalstaatlichen Ebene rhetorisch minimiert wird, um so internen Widerstand gegen bestimmte wirtschaftsliberale Politikentscheidungen zu zerschlagen. Sie sehen Globalisierung daher in erster Linie als ein Konzept mit „gefährlichen Nebenwirkungen“ (Hirst/Thompson 2000: 58). Auch wird darauf hingewiesen, dass der Bedeutungszuwachs transnationaler und internationaler Organisationen wie der WTO oder des IWF nur aufgrund von Entscheidungen nationaler Regierungen möglich wurden. Die Stoßrichtung dieser Kritik am Globalisierungsbegriff ist hier vor allem eine emanzipatorische: Einerseits soll das sozialdemokratische Projekt mit seinen Wohlfahrtsstandards und öffentlichen Dienstleistungen gegen die Rhetorik angeblicher globalisierungsbedingter Zwänge verteidigt, andererseits der Glaube an die Gestaltungsmacht von nationalen Regierungen oder Zusammenschlüssen wie der EU wiederhergestellt werden.

Auch die Vertreter des neorealistischen Ansatzes innerhalb der Disziplin der Internationalen Beziehungen wie Kenneth Waltz oder Stephen Krasner konstatieren zwar Prozesse der ökonomischen Globalisierung, halten diese aber nicht für eine entscheidende Neuentwicklung (vgl. Krasner 1999: 13; 223). Dies entspricht ihren theoretischen Prämissen, wonach Sicherheitspolitik grundsätzlich

eine größere Rolle für die internationalen Beziehungen spielt als die Ökonomie. Trotz wirtschaftlicher Integration sind die Nationalstaaten aus Sicht des Neorealismus nach wie vor die primären Akteure in der internationalen, von Anarchie und Gegenmachtbildung geprägten Arena (vgl. Krasner 1999; Waltz 2000; Wivel 2004; Masala 2006).

Enthusiasmus

Innerhalb der großen Gruppe derjenigen, die Globalisierung als zentrale Kategorie der Gegenwartsdiagnose akzeptieren, nehmen die „Enthusiasten“ eine der Extrempositionen ein. Sie verstehen Globalisierung als begonnene, aber noch zu perfektionierende Befreiung der Wirtschaft von allen störenden Bevormundungen durch politische Maßnahmen und nationale Grenzen. Dieser Strang knüpft an die bereits seit den sechziger Jahren geäußerte Euphorie ob der „globalization of American business“ an und steigert sie noch. Ein Beispiel ist die Programmschrift „The Borderless World“ (1994 [1990]) des McKinsey-Direktors Kenichi Ohmae. Die Menschen in dieser grenzenlosen Welt seien „global“ geworden, insofern sie potenziell Zugang zu Informationen über Güter und Dienstleistungen auf der ganzen Welt hätten (ibid.: xiii). Diese Idee von einer tatsächlich vereinten Menschheit, der für ihren Konsum die gesamte Welt zur Verfügung steht, erinnert an alte Vorstellungen von einem menscheitsumspannenden Weltreich, mit dem Unterschied, dass dieses Weltreich keine Zentrale und keine territoriale Grenze außer den Grenzen des Planeten selbst hat. Tatsächlich spricht Ohmae in einem Kapitel vom „empire of foreign exchange“ oder „FX Empire“, „a world where money, securities, services, ware, companies and know-how, assets and memberships, paintings and brands are all traded without national sentiments across traditional borders“ (ibid.: 171). Mit der grenzenlosen Welt verbindet Ohmae letztlich auch das Versprechen grenzenlosen Wohlstands für die teilnehmenden Ökonomien: „It is this borderless world that will give participating economies the capacity for boundless prosperity“ (ibid.: 217).

Als die Gegner und Kritiker der Globalisierung immer größere Aufmerksamkeit der Medien und der Öffentlichkeit gewannen und es 1999 den Demonstranten gelang, das WTO-Treffen in Seattle zum Scheitern zu bringen, verband sich der Globalisierungsenthusiasmus mit einem warnenden Unterton. Paradigmatisch ist hier der Artikel „The Case for Globalization“ aus dem „Economist“, der ein Jahr nach dem „Battle of Seattle“ erschien. Hier heißt es:

„Governments are apologising for globalisation and promising to civilise it. Instead, if they had any regard for the plight of the poor, they would be accelerating it, celebrating it, exulting in it – and if all that were too much for the public they would at least be trying to explain it“ (The Economist 2000).

Globalisierung wird hier von Vertretern der enthusiastischen Position also weitgehend mit Handelsliberalisierung gleichgesetzt, zudem wird sie aber auch von der ökonomischen auf die moralische Ebene gehoben und zu einer Pflicht erklärt:

„But if defending globalisation boldly on its merits as a truly moral cause – against a mere rabble of exuberant irrationalists on the streets, and in the face of a mild public scepticism that is open to persuasion – entirely out of the question? If it is, as it seems to be, that is dismal news for the world’s poor“ (ibid.).

Gegnerschaft

Die entgegengesetzte Extremposition – eine völlige Ablehnung aller Aspekte von Globalisierung – kennzeichnet die Vertreter von Populismus, Nationalismus und Protektionismus (vgl. Leggewie 2003: 54–57). Eine derartige Globalisierungsablehnung findet sich etwa bei der deutschen rechtsextremen NPD. So antwortet die Partei auf ihrer Webseite auf die Frage „Warum lehnt die NPD so entschieden die Globalisierung ab?“, indem sie Globalisierung als „unverblümete Imperialismusstrategie der USA“ (NPD 2012) bezeichnet. Gewarnt wird außerdem vor dem „Angriff auf das Territorialprinzip, Souveränitätsprinzip und Legalitätsprinzip der Nationalstaaten“, sowie vor dem „ruinösen Verdrängungs- und Vernichtungswettbewerb mit Billiglohnländern“ (ibid.). Kapitalismuskritik und Antiamerikanismus vermischen sich hier mit einer Attitüde der Verteidigung von Selbstbestimmung und wirtschaftlicher Sicherheit. Dass die rassistische und antisemitische Ideologie eine zentrale Rolle für die Globalisierungsablehnung der NPD spielt, zeigt sich deutlich, wenn etwa der „kapitalistisch diktierte Bevölkerungsaustausch“ als „Völkermord“ (Gansel 2006, vgl. Hartleb 2008: 175) tituiert oder „die Schlüsselstellung von Juden in den privaten und staatlichen Machtzentren des Weltkapitalismus“ (Trenkmann 2004, vgl. Hartleb 2008: 175) hervorgehoben werden.

Ähnliche Positionen, wenn auch ohne den offenen Antisemitismus und Rassismus der NPD, vertreten in Frankreich auch die Anhänger des rechtspopulistischen Front National. Diese Partei stellte im Wahljahr 2012 die „Unterwerfung unter die wilde Globalisierung“ („mondialisation sauvage“, Philippot 2012) als Hauptgrund für das erneute Aufflammen der Arbeitslosigkeit dar oder geißelte die „Opferung Frankreichs auf dem Altar der internationalen Konkurrenz“ (Briosis 2012) als Resultat der „ultraliberalen und globalistischen Politik“ („politique ultralibérale et mondialiste“, ibid.) Sarkozys. Auch wenn diese Form der „solidarischen“ Ablehnung der Globalisierung unter Marine Le Pen zugenommen hat, tauchte sie bereits in der Programmschrift „300 mesures pour la Renaissance de la France“ von 1993 auf (Front National 1993). Die antisemitischen Anklänge

dieser Globalisierungsablehnung sind vor allem in Einlassungen des Parteigründers unverkennbar. 1997 sprach Jean-Marie Le Pen im Fernsehsender France 2 vom „euro-globalistischen Komplott, das Frankreich denationalisieren will“ („complot euro-mondialiste qui vise à denationaliser la France“, Envoyé spécial, France 2, zitiert nach Winock 1997: 89) und warnte im gleichen Atemzug „Wir dürfen nicht unter das Joch des Judentums fallen“ („Nous ne pouvons pas passer sous le joug de la juiverie“ [ibid.]).

In den USA steht für die populistische und nationalistische Richtung der Globalisierungsablehnung unter anderem Pat Buchanan, der sich als Verteidiger amerikanischer Interessen und des „kleinen Mannes“ stilisiert. So kritisiert er die „Globalists in Washington“ für ihren Glauben an allgemeinen Wohlstand durch Globalisierung, erinnert an Fabrikschließungen aufgrund zu großer Handelsliberalisierung und wettet gegen den „Ausverkauf amerikanischer Arbeiter“ durch NAFTA oder GATTs (vgl. Buchanan 2012). Beide Abkommen kritisiert er auch in seinem Bestseller „The Great Betrayal. How American Sovereignty and Social Justice Are Being Sacrificed to the Gods of the Global Economy“ (Buchanan 1998). Gleichzeitig schürt er Ressentiments gegen Einwanderer und beschwört in apokalyptischem Ton den durch die „Dritte-Welt-Invasion“ ausgelösten „Notstand“, den er mit den barbarischen Invasionen am Ende des Römischen Reiches vergleicht (Buchanan 2007). Der im November 2016 gewählte Präsident der USA, Donald Trump, bedient sowohl in seiner Rhetorik, als auch in seinen ersten Amtshandlungen ähnliche Ressentiments, obwohl er in seiner vorpolitischen Karriere von verschiedenen Aspekten der wirtschaftlichen Globalisierung massiv profitierte. So will er sein Kampagnenmotto „America first“ umsetzen, indem er Freihandelsabkommen aufkündigt und die USA mit einer Mauer gegen Immigranten abschottet. „Globalisierung“ dient ihm dabei als Sammelbegriff für Prozesse, die den USA nur Verluste bereiten, so etwa in einer Rede im Juni 2016, in der er seine Solidarität mit der Bevölkerung im rezessionsbetroffenen „Rust Belt“ suggeriert: „Our politicians have aggressively pursued a policy of globalization – moving our jobs, our wealth and our factories to Mexico and overseas“ (vgl. Diamond 2016).

Bestandsaufnahme

Zur Gruppe von Autoren, die Globalisierung als wichtiges Schlagwort der Gegenwartsdiagnose akzeptieren und sich um eine wissenschaftliche Bestandsaufnahme der dazu gehörigen Phänomene bemühen, gehören Roland Robertson, Anthony Giddens, Ulrich Beck, David Held und Jan Aart Scholte. Wie bereits erwähnt ist die früheste Verwendung von „Globalisierung“ als Schlüsselbegriff in der Soziologie Roland Robertson zuzuschreiben, wobei jedoch keine einheit-

liche Linie der Übernahme von ihm zu weiteren Wissenschaftlern gezogen werden kann, sondern offenbar mehrere Autoren unabhängig voneinander dazu übergangen, den Globalisierungsbegriff als zentrale Kategorie zu verwenden, oftmals ohne sich dabei selbst über ihre jeweiligen Vorläufer bewusst zu werden (vgl. James/Steger 2014: 430).

Für Robertson und viele andere Autoren aus dem Bereich von Soziologie und Politikwissenschaft stellt die Ökonomie lediglich einen Aspekt der Globalisierung unter vielen dar. Stark rezipiert und teilweise als Urheber der akademischen Globalisierungsrede wahrgenommen wurde Anthony Giddens. Er definiert Globalisierung sehr allgemein als „action at a distance“ (Giddens 1994: 4), deren Intensivierung über die letzten Jahre untrennbar mit der Entwicklung der Kommunikations- und Transportmittel verbunden ist. Er betont, dass Globalisierung nicht nur die Entstehung großer Systeme, sondern auch die Transformation lokaler und sogar persönlicher Kontexte sozialer Erfahrung betrifft (vgl. *ibid.*: 4 f.). Ähnlich umfassend ist die Definition von David Held und Anthony McGrew, die unter Globalisierung „widening, deepening and speeding up of worldwide interconnectedness“ (Held/McGrew 2007: 1) verstehen. Der deutsche Soziologe Ulrich Beck grenzt Globalisierung ab von Globalismus als der neoliberalen Ideologie der Weltmarktherrschaft einerseits und Globalität als Bewusstsein über die Tatsache, dass die Vorstellung abschließbarer Räume fiktiv ist, andererseits. Auch er wählt „Prozess“ als Oberbegriff, allerdings im Plural, und definiert Globalisierung entsprechend als „Prozesse, in deren Folge die Nationalstaaten und ihre Souveränität durch transnationale Akteure, ihre Machtchancen, Orientierungen, Identitäten und Netzwerke unterlaufen und querverbunden werden“ (Beck 1997: 28 f.). Jan Aart Scholte, ein Mitbegründer der akademischen Disziplin der „Global Studies“, definiert „Globalisierung“ hingegen ohne Rückbezug auf die Nationalstaaten als „the reconfiguration of social geography, marked by the growth of transplanetary and supraterritorial connections between people“ (Scholte 2005: 8).

Gemeinsam ist diesen Autoren, dass sie sich einerseits gegen die Vorstellung von der Globalisierung als homogenisierendem Prozess und andererseits gegen ihre Reduktion auf ökonomische Integration wenden. Wie Ulrich Beck kritisiert Claus Leggewie den verbreiteten „Ökonomismus“ sowohl bei Kritikern als auch bei Befürwortern der Globalisierung. Die Erweiterung der engen ökonomischen Perspektive um kulturelle Aspekte lässt dann für Leggewie die empirischen Befunde über weltweite wirtschaftliche Verflechtungen, mit denen etwa Hirst und Thompson den Realitätsgehalt von „Globalisierung“ in Frage stellen, in den Hintergrund treten (vgl. Leggewie 2003: 16–18). Aufgrund der falschen Assoziationen, die der Begriff weckt, zieht er den von Roland Robertson geprägten

Neologismus der „Glokalisierung“ vor, der das Zusammenspiel von globalen und lokalen Faktoren zum Ausdruck bringen soll (vgl. *ibid.*; Featherstone, Lash und Robertson 1995: 24 ff.). Der Anthropologe Arjun Appadurai kommt in seiner Studie der „kulturellen Aspekte der Globalisierung“ ebenfalls zu dem Ergebnis, dass Globalisierung nicht notwendigerweise oder auch nur häufig Homogenisierung oder Amerikanisierung bedeutet (vgl. Appadurai 1996: 17).

Der Versuch, Globalisierung als zentrale Entwicklung der Gegenwart wahrzunehmen und die richtigen Schlüsse daraus zu ziehen, charakterisiert neben den akademischen Debatten auch die politische Rhetorik und Praxis der neunziger Jahre. Dabei wird in der Politik hauptsächlich der ökonomische Aspekt der Globalisierung aufgegriffen, vor allem in den Diskussionen um die weltweite Standortkonkurrenz. Hierfür stehen Politiker wie Tony Blair und Gerhard Schröder, die in ihren Projekten wie „New Labour“ und „Agenda 2010“ eine Anpassung an „Globalisierungsprozesse“ vornehmen wollen und diese Politik in einem gemeinsamen Positionspapier unter dem Titel „Der Weg nach vorne für Europas Sozialdemokraten“ zusammenfassen. Hier heißt es: „In einer Welt immer rascherer Globalisierung und wissenschaftlicher Veränderungen müssen wir Bedingungen schaffen, in denen bestehende Unternehmen prosperieren und sich entwickeln und neue Unternehmen entstehen und wachsen können.“ (Blair/Schröder 1999). Genau diese Vorstellung von Globalisierung als einem schicksalhaften Prozess, auf den es zu reagieren gilt, kritisieren Autoren wie Thompson und Hirst.

Kritik

Die vierte, „kritische“ Position gegenüber der Globalisierung vertreten diejenigen Autoren und Bewegungsorganisationen, die Gegenstand dieser Arbeit sind. Diese Bewegungen und Autoren gehen von einem mehrdimensionalen Globalisierungsbegriff aus, wobei sie einige der damit assoziierten Phänomene ablehnen und bekämpfen, während sie sich andere Aspekte der Globalisierung zu eigen machen und als Grundlage ihrer eigenen Aktivitäten verstehen. Zu den bekämpften Aspekten zählen dann vor allem die politische und wirtschaftliche Vormachtstellung von transnationalen Konzernen und Institutionen wie IWF, Weltbank und WTO sowie die von diesen Akteuren durchgesetzten neoliberalen Strategien. Diese führen aus Sicht der Globalisierungskritik zu Verarmung, Ungerechtigkeit, ökonomischer Instabilität, Verkümmern von Demokratie und Umweltzerstörung (vgl. z.B. Brecher, Costello und Smith 2000: 6 ff.; Kingsnorth 2004: 320). Gleichzeitig verstehen diese Gruppen und Autoren die Vereinfachung und Beschleunigung globaler Kommunikation und die dadurch ermöglichten kulturellen Grenzüberschreitungen als Grundlage ihres eigenen Agierens

und als Entwicklungen, die weder rückgängig gemacht werden sollen noch können. Daher wird das oft von Medien oder politischen Gegnern verwendete Etikett der „Globalisierungsgegner“ oder – im englischen Sprachraum – „Anti-Globalization“ von den hier avisierten Aktivisten meist abgelehnt.

Als alternative Bezeichnung zu „Anti-Globalization“ haben sich Aktivisten und engagierte Publizisten das von Richard Falk (1997) erfundene Schlagwort „Globalization from below“ zu eigen gemacht. Es richtet sich gegen eine von Konzernen und Wirtschaftsinteressen geleitete „globalization from above“ (Brecher, Costello und Smith 2000: ix) und basiert auf einer grenzüberschreitenden Solidarität: „A corporate-driven, top-down globalization can only be effectively countered by globalization from below“ (ibid.: ix).

Die Bezeichnung „globalization from below“ wird auch von der Forschungsgruppe um Donatella della Porta aufgenommen, die die ersten größeren empirischen Studien unter den Teilnehmer der Anti-G8-Proteste von Genua und der Europäischen Sozialforen durchführte (della Porta et al. 2006). Neben „globalization from below“ verwenden diese Wissenschaftler auch die Sammelbezeichnung „global justice movement“ für ihren Forschungsgegenstand, da die Zielsetzung der ökonomischen, sozialen und politischen Gerechtigkeit innerhalb und zwischen Bevölkerungen auf dem gesamten Globus den heterogenen und vielfältigen Gruppen gemeinsam ist, die die Bewegung bilden (vgl. della Porta 2007: 6).

Das Ziel einer alternativen Form der Globalisierung vermittelt auch der Ausdruck „altermondialisme“, der sich im Französischen durchgesetzt hat. Erstmals verwendet wurde er wohl von dem belgischen Attac-Aktivisten Arnaud Zacharie. In Frankreich wurde er ab 2002 gebraucht und tauchte im Rahmen des Europäischen Sozialforums in der Region Paris von 2003 häufiger in den Medien auf (vgl. Fougier 2006: 6). Teilweise wird er auch in englischen Texten als Fremdwort verwendet oder in andere romanische Sprachen übernommen, etwa in Form von „movimiento altermundialista“ (Gobille/Agrikoliansky 2011; Ullan de la Rosa 2011) bzw. „altermundista“ (Adell Argilés 2007) im Spanischen, oder „movimento alterglobalização“ (Tejerina et al. 2006; Lima/Nunes 2008) im Portugiesischen.

Im Italienischen ist hingegen der Ausdruck „No Global“ gebräuchlicher, der zunächst eine Position der Ablehnung von Globalisierung suggeriert. Tatsächlich ist „No Global“ jedoch die Kurzform des Slogans „No Global Forum“, der sich gegen ein von Technologieunternehmen sowie Weltbank und OECD organisiertes Forum in Neapel im März 2001 richtete. Aus dem Zusammenschluss von Gruppierungen aus der Region Kampanien unter diesem Motto entwickelte sich das Netzwerk „Rete No Global“, das sich dann an den Protesten gegen den G8-

Gipfel von Genua im Juli desselben Jahres beteiligte. In der italienischen Öffentlichkeit wurde die Bezeichnung „No Global“ dann als Pars pro Toto auf alle Globalisierungskritiker ausgeweitet (vgl. Andretta et al. 2003: 59).

Der in Deutschland verwendete Ausdruck „Globalisierungskritik“ wird als direkte Übersetzung von „altermondialisme“ verwendet (vgl. etwa Attac Deutschland 2004: 9). Er tauchte im Zuge der Gründung der deutschen Attac-Gruppe häufig auf. So verwendete der deutsche Bewegungsforscher Dieter Rucht, der gleichzeitig Mitglied im wissenschaftlichen Beirat von Attac ist, bereits auf dem ersten Attac-Kongress im Oktober 2001 in Berlin die Bezeichnung „Globalisierungskritiker“ und bemängelte, dass diese „von den Massenmedien ebenso häufig wie irreführend als Anti-Globalisierungsbewegung bezeichnet werden“ (Rucht 2002: 16).

Nachdem nun die Globalisierungskritik charakterisiert wurde, gilt es noch darzulegen, aus welchen Unterformen oder Spezies sie sich zusammensetzt. Das Kriterium, anhand dessen sich die Gruppe von globalisierungskritischen Bewegungen untergliedern lässt, ergibt sich aus der Beobachtung, dass es drei Wissenschaftsbereiche gibt, aus denen die Autoren die Grundlagen für ihre gegenhegemoniale Bekämpfung der vorherrschenden Ideologie finden, nämlich a) Philosophie, b) Ökonomie sowie c) Theologie.

Die wichtigsten Vertreter der philosophisch ausgerichteten Globalisierungskritik sind Michael Hardt und Antonio Negri, die in ihren Texten extensiv auf die Ideen und Praktiken radikaler Bewegungen, allen voran des EZLN rekurrieren. Dass sie ihr Werk als philosophisch verstehen, machen sie gleich zu Beginn ihres Werkes „Multitude“ deutlich: „Keep in mind that this is a philosophical book“ (Hardt/Negri 2005: xvi).

Die ökonomisch und/oder soziologisch argumentierenden Autoren versuchen hingegen, das Gewicht der entsprechenden Wissenschaften gegen die „Ideologie des freien Marktes“ zu setzen. So formuliert etwa Joseph Stiglitz: „The free market ideology should be replaced with analyses based on economic science“ (Stiglitz 2002: 250). Der Soziologe Pierre Bourdieu vertraut auf die „critique sociologique“ (Bourdieu 2001: 36) als „critique proprement scientifique“ (ibid.), um die vorherrschende Ideologie der neoliberalen Globalisierung zu entlarven. Susan George betont zwar einerseits, sie sei „not an economist“ (George 2004: xiii), macht aber gleichzeitig klar, dass sie auf das Gebiet der Ökonomie vorzudringen gedenkt: „But I do poach a lot on their territory“ (ibid.).

Eine dritte Gruppe von Autoren vertraut hingegen auf die Mittel der Theologie, um die Transzendenzkonstruktionen des „Empire“, d.h. der vorherrschenden Form der Globalisierung als Form des Götzendienstes zu entlarven: „[T]he role

of theology and religious studies in analyzing these developments hardly needs an apology“ (Míguez, Rieger und Sung 2009: 29).

Aus dieser unterschiedlichen Verankerung ihrer Argumentation ergeben sich auch unterschiedliche Schwerpunkte im jeweiligen Verständnis von Globalisierung und Globalisierungskritik. Dabei können die Autoren bestimmten Teilgruppen, Organisationen und Bewegungen innerhalb des globalisierungskritischen Netzwerkes zugeordnet werden, ohne dass diese Gruppen oder Organisationen nur Ausführende der Ideen bestimmter Vordenker wären. Denn zumindest teilweise liegt eine umgekehrt verlaufende Beeinflussung vor, wenn nämlich die Praxis bestimmter Gruppen zum Ausgangspunkt einer theoretischen Reflexion wird.

Alle hier berücksichtigten Texte erfüllen das Kriterium, dass sie Globalisierung als reales Gegenwartsphänomen betrachten und begrüßen, dessen aktuelle Ausgestaltung sie kritisieren: So proklamieren die Zapatisten die „globalización de la rebeldía“ als Gegengewicht zur „globalización neoliberal“ (EZLN 2005) und unterstreichen so ihren Einsatz für eine andere Form der Globalisierung. Hardt/Negri stellen klar: „We are by no means opposed to the globalization of relationships as such. [...] The enemy, rather, is a specific regime of global relations that we call empire“ (Hardt/Negri 2001: 45 f.).

Pierre Bourdieu bezeichnet die Globalisierung zwar einerseits als „mythe au sens fort du terme, un discours puissant, une idée ‚force‘, une idée qui a de la force sociale“ (Bourdieu 1998: 39). Damit erinnert er an die bereits besprochenen Autoren wie Hirst und Thompson, die der Globalisierung außerhalb ihrer diskursiven Macht keinen Realitätsgehalt zusprechen. Er relativiert diese Position allerdings, indem er die Globalisierung im Bereich der Finanzmärkte durchaus als sichtbar und wirkmächtig bezeichnet: „Si la globalisation est avant tout un mythe justificateur, il y a un cas où elle est bien réelle, c’est celui des marchés financiers“ (Bourdieu 1998: 43). Als Antwort darauf wirbt er für eine zunächst europäische und schließlich weltweite Solidarisierung gegen die Vormachtstellung der Finanzmärkte und die zunehmende Prekarisierung der Bevölkerung (vgl. *ibid.*: 100), so dass auch er letztlich für eine andere Form der Globalisierung plädiert.

Joseph Stiglitz präzisiert, dass der Gegenstand seiner Kritik nicht die Globalisierung als solche ist, sondern „the three main institutions that govern globalization: the IMF, the World Bank and the WTO“ (Stiglitz 2002: 250). Susan George geht sogar soweit, die Bewegung, als deren Teil sie sich versteht, als „easily more ‚pro-globalization‘ than its adversaries“ (George 2004 ix) zu bezeichnen. Dabei betont sie: „It all depends on what kind of globalization one means“ (*ibid.*). Auch die hier berücksichtigten Theologen spezifizieren, dass ihre

Kritik sich gegen „the current form of globalization processes“ richtet (Sung 2007b: 71). Ihre Uminterpretation des christlichen Agapebegriffs in ein Akronym für „Alternative Globalization Addressing People and Earth“ (Duchrow 2007: 17) verdeutlicht diese Position.

Damit ist nun dargestellt, wovon die Globalisierungskritik ein Teil ist, wodurch sie sich von anderen Positionen unterscheidet, und aus welchen Teilen sie sich wiederum zusammensetzt. Im folgenden Kapitel wird die hier zunächst topologisch eingegrenzte und differenzierte Globalisierungskritik als soziale Bewegung betrachtet.

2.2 GLOBALISIERUNGSKRITIK – ENTSTEHUNG UND ENTWICKLUNG EINER SOZIALEN BEWEGUNG

Im Folgenden wird es darum gehen, die Globalisierungskritik als Ganze und ihre drei hier unterschiedenen Hauptströmungen als soziale Bewegung mit ihrer eigenen Geschichte zu betrachten. Dabei soll zum einen verdeutlicht werden, dass die hier berücksichtigten Positionen der Globalisierungskritik tatsächlich zu einer vielseitigen, aber dennoch zusammenhängenden Bewegung gehören. Zum anderen soll die folgende chronologische und kontextualisierende Darstellung auch zeigen, dass die drei bisher in systematischer Absicht unterschiedenen Text- und Autorengruppen – die philosophische, die ökonomisch/soziologische und die theologische – drei Strömungen der Globalisierungskritik mit ihren jeweils eigenen Entstehungskontexten, Vorbildern und Schlüsselereignissen entsprechen. Dies bietet auch die Möglichkeit, die Autoren und Bewegungsorganisationen näher vorzustellen, deren Texte im Folgenden analysiert werden.

Die Darstellung erfolgt daher auf zwei Betrachtungsebenen: Zunächst soll eine grob skizzierte allgemeine Chronologie der Globalisierungskritik entworfen werden, in der die Entwicklungen und Ereignisse dargestellt werden, die für die gesamte „Globalisierung von unten“ eine wichtige Rolle spielten. Dabei wird auch der relevante Zeitraum abgegrenzt und periodisiert, aus dem die analysierten Texte stammen. Im nächsten Schritt werden dann gesondert mit etwas feinerer Auflösung diejenigen Entwicklungen beschrieben, die für die drei unter den Stichworten „Philosophie“, „Ökonomie/Soziologie“ und „Theologie“ analysierten Stränge jeweils relevant sind.

Wie die ökonomischen, kulturellen und politischen Prozesse, gegen die sie opponieren, so ist auch die Bewegung des „Global Justice Movement“ ein globales Phänomen, insofern sie die Möglichkeiten entstehender transnationaler politischer Räume nutzt und dabei globale Ziele verfolgt (vgl. Moghadam 2009: 4 f.,

30 f.; Pianta/Marchetti 2007: 29 f.; Aranda Sánchez 2008: 2; 17). Daher kann sie auch prinzipiell nur mit einer weltgeschichtlichen Perspektive betrachtet werden (vgl. dazu Osterhammel 2008: 11; 17), ohne dass dabei jedoch das illusorische Ziel einer „übergreifenden“ oder „neutralen“ Perspektive verfolgt werden soll. Dementsprechend sind die Texte und Bewegungen hier nicht nach nationalem oder regionalem Fokus unterteilt, sondern nach dem jeweiligen Wissensbereich, aus dem sie ihre Argumente schöpfen, und der mit dem Rekurs auf bestimmte Netzwerke, Organisationen und Ereignisse korreliert.

Dennoch gilt auch für die Geschichte der Globalisierungskritik, wie für die Weltgeschichte allgemein, dass nicht „alles mit allem zusammenhängt“ (Osterhammel 2008: 12), und nationale oder regionale Besonderheiten auch im globalen Protest weiterhin eine wichtige Rolle spielen (vgl. Pianta/Marchetti 2007: 46 f.; Johnston/Laxer 2003: 41 ff.). Insofern haben die betrachteten Autoren und Organisationen, die gemeinsam die globalisierungskritische Bewegung bilden, ihre jeweils eigenen ideen- und ereignisbezogenen Vorgeschichten – sie kommen nicht aus dem „Nichts“, sind aber auch keine reinen Avatare früherer Mobilisierungen (vgl. Agrikoliansky, Fillieule und Meyer 2005: 27).

Die Darstellung basiert auf der Prämisse, dass die Rede von der Globalisierung „mehr als das Symptom einer kollektiven Denkschwäche“ (Osterhammel/Petersson 2007: 7) darstellt, und insofern auch die globalisierungskritische Bewegung, die sich besonders auf die Phänomene des späten zwanzigsten Jahrhunderts konzentriert, kein bloßer Ausdruck einer kollektiven Illusion ist. Als Hintergrund für die Entstehung der Globalisierungskritik wird vielmehr die Erfahrung von realen Veränderungen in der Weltgesellschaft wahrgenommen, vor allem der wachsende Einfluss von transnationalen Konzernen und internationalen Institutionen wie IWF, Weltbank und WTO, deren Ziele von Austerität, Privatisierung und Liberalisierung weltweit umgesetzt wurden. Diese führen jedoch nicht mechanisch zur Entstehung einer Bewegung, sondern vermittelt durch die in der sozialen Bewegungsforschung diskutierten Faktoren von Ressourcenverfügbarkeit, politischen Gelegenheiten und erfolgreichem Framing (vgl. zusammenfassend McAdam, McCarthy und Zald 1996). Daneben spielt auch die Konstellation bereits vorhandener Bewegungen, Strömungen und Überzeugungen eine zentrale Rolle (vgl. Agrikoliansky, Fillieule und Meyer 2005: 12 f.). Die Erkenntnisse der Bewegungsforschung werden also in der folgenden chronologischen Darstellung der Globalisierungskritik und ihrer drei Hauptströmungen mitberücksichtigt.

2.2.1 Zur Entwicklung der Globalisierungskritik insgesamt

Als erste Vorläufer einer global ausgerichteten sozialen Gerechtigkeitsbewegung lassen sich zunächst die verschiedenen sozialistischen „Internationalen“ interpretieren, die bereits von der Feststellung des „Kommunistischen Manifests“ ausgingen, dass die Bourgeoisie den Weltmarkt „kosmopolitisch gestaltet“ (Marx/Engels (1959 [1848]: 466) hat und daher zur Vereinigung der „Proletarier aller Länder“ aufrief (vgl. Agrikoliansky, Fillieule und Meyer 2005: 25).

Wenn man hingegen Widerspruch gegen neoliberale, auf Austerität, sowie Finanz- und Handelsliberalisierung ausgerichtete Politik als Kriterium für die Rolle als „Vorläufer“ der aktuellen Globalisierungskritik versteht, dann kann man in den siebziger und achtziger Jahren des zwanzigsten Jahrhunderts einen ersten dazugehörigen Protestzyklus ausmachen. Beginnend in Peru 1976 gab es in diesem Zeitraum in der gesamten Dritten Welt „austerity protests“, allen voran gegen die Strukturanpassungsprogramme (SAPs) des IWF, die auf Haushaltskonsolidierung und Schuldendienst ausgerichtet waren und im Ergebnis zu einer Verschlechterung der Lebensbedingungen für große Teile der Bevölkerung führten (vgl. Moghadam 2009: 94–97; Walton/Seddon 1994: 34 ff.). Besonders in Lateinamerika intensivierten sich diese Proteste Ende der achtziger Jahre und mündeten in verschiedene Revolten, darunter den venezolanischen „Caracazo“ 1989, die eine wichtige Voraussetzung für den darauffolgenden Siegeszug „linker“, bzw. „antineoliberaler“ Regierungen darstellten (vgl. Zelik/Tauss 2013: 10).

Das Programm von Deregulierung, Liberalisierung und Privatisierung führte so in weiten Teilen der Weltbevölkerung zu einem Gefühl der Verwundbarkeit und Fremdsteuerung (vgl. Marchetti/Pianta 2007: 30; Eckert/Randeria 2009: 18). Auch in westlichen Industriestaaten war durch transnationale Unternehmen und Institutionen wie die EU eine Schwächung nationalstaatlicher Souveränität zu verzeichnen, die jedoch nicht so gravierend ausfielen wie bei den Kreditnehmern von IWF und Weltbank (vgl. Eckert/Randeria 2009: 27). Erste Mobilisierungen gegen IWF und Weltbank im Westen fanden Ende der 1980er Jahre statt, wobei die Proteste gegen den Gipfel beider Institutionen in Berlin im September 1988 einen ersten Höhepunkt markierten (vgl. Rucht, Teune und Yang 2007: 161; Holzpfel/König 2001: 26).

Der Zeitraum, in dem die Globalisierungskritik ihren größten Einfluss entfaltete, war jedoch die letzte Dekade des zwanzigsten sowie die erste Dekade des einundzwanzigsten Jahrhunderts, aus denen daher alle im Folgenden analysierten Texte stammen. Als Eckdaten werden das Ende des Ost-West-Konflikts 1989/90

und die Finanzkrise von 2008/09 gewählt, was im Folgenden genauer begründet werden soll.

Wie bereits ausgeführt, ermöglichte das Ende des Ost-West Konflikts und der Spaltung der Welt in Blöcke die Vorstellung eines gemeinsamen Schicksals des gesamten Planeten. Im Westen ging das Ende des Kalten Krieges mit einer triumphalen Grundstimmung einher, wie sie beispielsweise in Fukuyamas These vom „Ende der Geschichte“ (1992) artikuliert wurde, und weckte große Hoffnungen auf eine friedliche und prosperierende „borderless world“ (Ohmae 1990). Derartige Siegesgewissheiten und Hoffnungen ließen dabei aber die Defizite und Asymmetrien der entstehenden Weltgesellschaft noch deutlicher hervortreten und provozierten so den Widerspruch der Globalisierungskritik (vgl. Wahl 2005: 96). Ihr Hauptziel war der mit dem Ende der Systemkonkurrenz hegemonial gewordene „Washington Consensus“, d.h. die vorherrschende Überzeugung von der Alternativlosigkeit der Politik, wie sie von den in Washington basierten Institutionen Weltbank und IWF vertreten und in verschiedenen Abkommen wie dem Nordamerikanischen Freihandelsabkommen NAFTA implementiert wurde (vgl. Johnston/Laxer 2003: 40; Pleyers 2010: 17).

Ein weiteres Moment, das die Artikulation von Kritik gegen die neue Weltordnung nach 1990 katalysierte, waren die zahlreichen Gedenkveranstaltungen anlässlich der fünfhundertjährigen „Entdeckung“ Amerikas 1992. Gegen den triumphalen Grundton in den offiziellen Rekursen auf dieses Ereignis wurde in Lateinamerika, aber auch in Europa an „500 Jahre Kolonialismus und Widerstand“ erinnert, wie es etwa im Titel einer Broschüre über den „Internationalen Kongress gegen den Weltwirtschaftsgipfel“ in München 1992 heißt (Forum 1 1992). Die im Untertitel – „Demokratie und Menschenrechte in der ‚Neuen‘ Weltordnung“ – verwendeten Anführungsstriche stellen gleichzeitig die verbreitete Vorstellung in Frage, das Ende des Ost-West-Konflikts habe auch eine völlig „neue“ und potenziell bessere Weltordnung ermöglicht.

Auf der Ebene der politischen Möglichkeiten spielte darüber hinaus die Serie von UN-Konferenzen, unter anderem in Rio 1992 und Kopenhagen 1995, eine wichtige Rolle, die nicht nur den neuen Gestaltungsanspruch der UN nach dem Ende des Kalten Krieges sowie die Integration von Staaten in eine Weltgemeinschaft verdeutlichten, sondern auch die Partizipation der Zivilgesellschaft massiv ausweiteten. Damit ermöglichten sie die Bildung grenzüberschreitender Netzwerke und die Formulierung grenzüberschreitender Problemstellungen (vgl. Pianta/Marchetti 2007: 35 f.; Moghadam 2009: 30; 100 f.).

Neben diesen Vernetzungs- und Mobilisierungsgelegenheiten erzielte ab der Mitte der neunziger Jahre mit dem mexikanischen „Ejército Zapatista de Liberación Nacional“ (EZLN) auch eine radikale und antisystemische Bewegung große

Aufmerksamkeit. Nach ihrer spektakulären „Kriegserklärung“ gegen den mexikanischen Staat am 1. Januar 1994 entwickelte sich diese vornehmlich aus Indigenen aus Chiapas bestehende Gruppe zu einem wichtigen Referenzpunkt. Ihre Erklärungen, die gegen staatliche Repression und die Auswirkungen neoliberaler Politik gerichtet waren und die alternative Vision der autonomen Organisation der indigenen Bevölkerung entwarfen, faszinierten systemkritische Aktivisten weltweit und sorgten für die Entstehung eines globalen Zapatismo-Solidaritätsnetzwerks (vgl. Olesen 2004).

Dass sich die „declaraciones“ des EZLN wie Lauffeuer verbreiten konnten, hing dabei mit einem weiteren wichtigen Faktor zusammen, der insgesamt maßgeblich zur Formierung und Vernetzung der Globalisierungskritik in den neunziger Jahren beitrug, nämlich der zunehmenden Verfügbarkeit des Internets (vgl. Cleaver 1998).

Für die eher reformorientierte Richtung der Globalisierungskritik spielte hingegen die Kampagne „Jubilee 2000“ eine wichtige Rolle, die ab 1995 zunächst von Großbritannien aus geführt wurde, sich jedoch ab 1998 internationalisierte und eine breite Koalition aus Kirchen, Gewerkschaften und NGOs bildete. Ziel dieses Netzwerkes war es, anhand der biblischen Tradition des Erlassjahres (Lev. 25:28) auf die Unrechtmäßigkeit und unterdrückende Wirkung unbezahlbarer Schulden in der Dritten Welt aufmerksam zu machen und so die internationalen Gläubiger zu einem umfassenden Schuldenerlass für die Dritte Welt zu bewegen. Nach erfolgreicher Mobilisierung rund um die G8-Gipfel in Birmingham 1998 und Köln 1999, konnten die Aktivisten dem UN-Millennium-Gipfel 2000 schließlich eine globale Petition mit 24 Millionen Unterschriften aus 166 Ländern überreichen (vgl. Pettifor 2006: 302–306).

Ein weiterer wichtiger Katalysator war der Erfolg der Mobilisierung gegen das Multilateral Agreement on Investment (MAI), ein Abkommen mit dem Ziel einer neuen globalen „Handelsagenda“. Die Verhandlungen zu dem Abkommen liefen seit 1995 hinter verschlossenen Türen im Rahmen der OECD und sahen unter anderem die Beschleunigung von Handelsabkommen und umfassende Klagemöglichkeiten für Unternehmen gegen Nationalstaaten im Falle entgangener Gewinne vor. Nach Gegenkampagnen im globalen Süden und Norden mit besonderen Schwerpunkten in Kanada und Frankreich zog sich die sozialistische französische Regierung schließlich 1998 aus den Verhandlungen zurück, was zum Scheitern des Abkommens führte. Dieser Erfolg verdeutlichte die Wirkmächtigkeit einer mobilisierten Zivilgesellschaft und beflügelte die entstehende Bewegung der Globalisierungskritik (vgl. Johnston/Laxer 2003: 49–63).

Den Höhepunkt der Mobilisierung erreichte die Globalisierungskritik um die Jahrtausendwende, als innerhalb weniger Monate verschiedene Ereignisse ins

Zentrum der weltweiten Aufmerksamkeit rückten und gleichzeitig für die Integration zu einer größeren Gesamtheit sorgten, im Zuge derer sich Opposition gegen die „neoliberale Globalisierung“ als machtvoll einigendes Symbol herauskristallisierte (vgl. Pianta/Marchetti 2007: 39). Den Beginn dieser Serie von Ereignissen markieren die als „Battle of Seattle“ bekannt gewordenen Proteste, an denen sich eine breite Koalition von Aktivisten beteiligte und die im Dezember 1999 zum Scheitern des WTO-Gipfels in Seattle beitrugen. Obwohl auch interne Differenzen der Verhandlungspartner für das Scheitern des Gipfels eine wichtige Rolle spielten, hatten in der Wahrnehmung von Aktivisten und in der Mediendarstellung erstmalig die Mobilisierungen der Globalisierungskritik das Ergebnis eines globalen Gipfeltreffens maßgeblich beeinflusst (vgl. *ibid.*: 37; Aranda Sánchez 2008: 29–34; Pleyers 2010: 19).

Die Gründung des Weltsozialforums, das im Januar 2001 – parallel zum gleichzeitig stattfindenden Weltwirtschaftsforum in Davos – erstmalig im brasilianischen Porto Alegre stattfand, gilt als zentrales Moment im Übergang von einer reinen Protestbewegung zu einer Bewegung, der es um den Entwurf von Gegenvorschlägen geht (vgl. Aranda Sánchez 2008: 118–132). Dafür, dass das Weltsozialforum erfolgreich in Porto Alegre ausgerichtet werden konnte, spielten unter dem Gesichtspunkt der politischen Möglichkeiten nicht zuletzt die Vorarbeit kirchlicher Gruppen sowie die Unterstützung durch die brasilianische Arbeiterpartei („Partido dos Trabalhadores“) eine zentrale Rolle, die zu diesem Zeitpunkt auf kommunaler, ab 2002 auch auf nationaler Ebene regierte und das Forum finanziell und logistisch unterstützte (vgl. Moghadam 2009: 100). Zu wichtigen Impulsgebern für die Gründung des Weltsozialforums gehörten darüber hinaus die Brasilianische Landlosenbewegung „Movimento dos Trabalhadores Rurais Sem Terra“ (MST), sowie die 1998 in Frankreich gegründete „association pour une taxation des transactions financières pour l'aide aux citoyens“ (Attac).

Zum Motto des Forums wurde der Leitsatz „Eine andere Welt ist möglich“, den attac-Mitbegründer Ignacio Ramonet bereits 1998 ausgegeben hatte (vgl. Ramonet 1998), der jedoch zuvor bereits in ähnlicher Form von den Aktivisten einer Anti-G7-Demonstration in Neapel 1994 verwendet worden war (vgl. Reiter et al. 2007: 54). Neben den jährlichen weltweiten Treffen wurde das Konzept des Forums für soziale Bewegungen und engagierte Bürger auch auf einer Vielzahl nationaler und regionaler Treffen übertragen, die auf allen Kontinenten stattfanden.

In Europa spielte für die Konsolidierung der Globalisierungskritik als Netzwerk von Bewegungen auch der Protest gegen den G8-Gipfel in Genua 2001 eine zentrale Rolle, bei dem ähnlich wie in Seattle verschiedenste Gruppen ihre

Anliegen gemeinsam vertraten. Gewaltsame Auseinandersetzungen, bei denen der Demonstrant Carlo Giuliani von italienischen Polizisten tödlich verletzt wurde, steigerten die weltweite Aufmerksamkeit für diese Ereignisse zusätzlich (vgl. della Porta et al. 2006: 3 ff.).

Als weiterer Höhe- und gleichzeitig Wendepunkt der Globalisierungskritik kann die Mobilisierung gegen den Irakkrieg im Februar 2003 interpretiert werden, bei der mehrere Millionen Personen aus der Zivilgesellschaft an verschiedenen Orten weltweit gleichzeitig protestierten, was die „Weltzivilgesellschaft“ laut New York Times neben den USA als „zweite Supermacht“ (Tyler 2003) in Erscheinung treten ließ (vgl. Pianta/Marchetti 2007: 41).

Die Gegengipfel zu G8-, Weltbank- und WTO- Gipfeln, sowie das Weltsozialforum verzeichneten bis 2005 stetig steigende Teilnehmerzahlen. Die Multiplikation des Phänomens der Sozialforen auf regionaler und lokaler Ebene war zunächst in Europa sehr erfolgreich, wo besonders die Europäischen Sozialforen 2002 in Florenz und 2003 in Paris großen Anklang fanden (vgl. Pianta/Marchetti 2007: 42 f.). Nicht zuletzt aufgrund der unvorhergesehenen Größe zeichneten sich dann ab 2006 im Weltsozialforumsprozess Krisensymptome ab, etwa in Form von Konflikten rund um die Ausrichtung des Forums und um die organisatorischen Strukturen. Eine Hauptkonfliktlinie betraf die Frage, ob das Forum sich selbst als Akteur mit dezidierten Zielen und Positionen konstituieren oder stattdessen ein „offener Raum“ für Austausch und Begegnung sein soll (vgl. Whitaker 2005: 71 ff; Santos 2005: 90 ff.). Das dritte Europäische Sozialforum, das 2004 in London stattfand, hatte wesentlich weniger Teilnehmer als die vorherigen Ausgaben und ließ bereits existierende grundsätzliche Kontroversen über die Ausrichtung und Funktion des Forums sowie strukturelle Probleme wie intransparente Planung und mangelnde Integration von Einzelveranstaltungen zu Tage treten (vgl. Wahl 2005: 97 f.; Pleyers 2010: 187 ff.). Neben dem ESF verloren in Westeuropa auch große Netzwerke von Aktivisten an Mitgliedern und medialer Aufmerksamkeit, darunter Attac France, das ab 2006 in eine besonders schwere interne Krise geriet (vgl. *ibid.*: 149 f.; 229 f.).

Nach Jahren der Stagnation löste die Finanzkrise von 2008/09 eine neue Phase der Mobilisierung aus. Dieses Ereignis stellt in zweifacher Hinsicht eine Zäsur dar und wird daher hier als Endpunkt für die Betrachtung der „Globalisierungskritik“ verwendet: Zum einen markiert sie den Beginn eines neuen Zyklus der Mobilisierung (vgl. Brunnengräber 2012; zum Begriff des Protestzyklus vgl. Tarrow 1994: 153 ff.), der dann in den „Indignados“ in Spanien und den verschiedenen Occupy-Bewegungen im Westen, sowie den Umstürzen des Arabischen Frühlings in Nordafrika und dem Nahen Osten gipfelt. Zwar gibt es in Personal und Zielsetzung eine große Kontinuität zwischen den verschiedenen Zwei-

gen von „Occupy“ und der Globalisierungskritik (vgl. Funke 2017: 178), aber Interpretationsrahmen wie „Globalisierung“, „Neoliberalismus“ und „Eine andere Welt ist möglich“ treten in den Hintergrund und werden von „We are the 99%“ abgelöst.

Auch die Weltsozialforen, die 2011 im Senegal, sowie 2013 und 2015 in Tunis stattfanden, standen ganz im Zeichen des Arabischen Frühlings. Diese Verschiebungen lassen sich in dem Sinne interpretieren, dass das Weltsozialforum als Netzwerk, Institution und Organisationsformat die Hochphase der Globalisierungskritik überdauert hat und auch ohne deren Schwerpunktthemen weiterexistiert (vgl. Schröder 2015: 14).

Auf der Ebene der nationalstaatlichen Politik und der Leitlinien der internationalen Finanzinstitutionen zeichnet sich gleichzeitig seit der Finanzkrise von 2008/09 eine Abkehr von einem rein neoliberalen Modell minimaler Staatlichkeit ab. Insofern ist das scheinbar paradoxe Phänomen zu beobachten, dass die Bewegung der Globalisierungskritik offenbar Schwierigkeiten hat, sich der veränderten Situation nach dem Ende des Washington Consensus anzupassen, zu dessen Vorbereitung sie selbst beigetragen hatte (vgl. Pleyers 2010: 10; 230). Dennoch kommt dieser krisenbedingte Paradigmenwechsel keineswegs der effektiven Erfüllung der Forderungen der Globalisierungskritik gleich.

2.2.2 Zur Entwicklung der drei Hauptströmungen

Radikale Kritik und philosophische Reflexion

Das Schlüsselereignis für die radikale Form der Globalisierungskritik war die „Kriegserklärung“ des „Ejército Zapatista de Liberación Nacional“ gegen den mexikanischen Staat am 1. Januar 1994. An diesem Tag besetzten die Mitglieder des EZLN mit ihren in Sturmmasken verhüllten Gesichtern staatliche Stellen und Polizeireviere im Bundesstaat Chiapas. Das Datum dieser weltweit wahrgenommenen Aktion gibt bereits einen wichtigen Hinweis auf die unmittelbare Vorgeschichte des Ereignisses, denn es fällt mit dem Inkrafttreten des Nordamerikanischen Freihandelsabkommens (NAFTA) zusammen, für dessen Vorbereitung in Mexiko zuvor letzte Errungenschaften der Revolution von 1910 abgeschafft worden waren, unter anderem das „Ejido“, das gemeinschaftlich bewirtschaftete Land (vgl. Harvey 1998: 187 ff.).

Die tatsächlichen gewaltsamen Auseinandersetzungen endeten jedoch nach kurzer Zeit und die EZLN entwickelte sich zu einer „Diskursguerilla“ (Huffschmid 2004), deren Verlautbarungen von der radikaleren Richtung der Globalisierungskritik, aber auch von einer weltweiten Öffentlichkeit intensiv rezipiert wurden. Das Inkrafttreten von NAFTA war dabei jedoch nur ein Aspekt in einer

umfassenderen Auseinandersetzung, in der die politisch organisierten Indigenen aus Chiapas sich über Jahrzehnte hinweg für Selbstbestimmung und Anerkennung einsetzten.

Das alternative Projekt, das die Zapatisten entwarfen, betraf dabei in Theorie und Praxis die lokale, nationale und globale Ebene. Auf lokaler Ebene kamen die Programme der Zapatisten in den autonomen „comunidades“ und „municipios“ am konkretesten zum Tragen, wo ohne Regierungsunterstützung ein eigenes System der Bildung, Verwaltung, Landwirtschaft und Gesundheitsversorgung aufgebaut wurde, das es den Zapatisten ermöglichte, nach ihren eigenen Prinzipien zu leben (vgl. Kastner 2011: 32 ff.; Pleyers 2010: 39).

Praxis und Diskursrepertoire der EZLN speisten sich, vermittelt durch die zum Mythos stilisierte und wohl universitär gebildete Führungsfigur des Subcomandante Marcos, aus Elementen des Marxismus sowie Rekursen auf Helden der mexikanischen Nationalgeschichte, wie auch bei ihrem Namensgeber Emiliano Zapata. Zentral sind jedoch auch Elemente von Weisheiten und Praktiken der verschiedenen indigenen Gruppen, aus denen die Mitglieder der Organisation stammen, wie etwa der Tojolabal. Dies gilt beispielsweise für die Praktik des „mandar obedeciendo“ („Befehlen durch Gehorchen“), und des „preguntando caminamos“ („fragend gehen wir voran“) sowie das Prinzip des „t'ijwanej“ („allen erlauben, ihren Standpunkt darzulegen“, vgl. Mignolo 2002: 255 f.; Leyva Solano 1995: 383; Harvey 1998: 74 f.).

Für die Verbreitung der Lehren und Praktiken der Zapatisten spielten neben den auch online veröffentlichten Erklärungen („declaraciones“) besonders die beiden „intergalaktischen Treffen gegen den Neoliberalismus und für die Humanität“ 1996 in Chiapas und 1997 in Spanien eine zentrale Rolle. Durch die Teilnahme von Aktivisten aus verschiedenen Kontinenten wurden diese Treffen zu Schlüsselmomenten für die Formierung einer gemeinsamen Identität, leisteten dabei jedoch auch der romantisierenden Verklärung indigenen Widerstands Vorschub (vgl. Brand 1998: 470; Johnston/Laxer 2003: 75).

Aus dem zweiten „intergalaktischen Treffen“ in Spanien ging das informelle, aber einflussreiche Netzwerk „People's Global Action“ (PGA) hervor, das für die Verbreitung des Zapatismo und der radikaleren Version der Globalisierungskritik in verschiedenen westlichen Ländern eine wichtige Rolle spielte. Dies gilt auch für Deutschland, wo sich Segmente der autonomen Szene PGA anschlossen und gleichzeitig neue Netzwerke entstanden. Trotz seiner strikt antiinstitutionellen Ausrichtung und des Verzichts auf Sprecher, Repräsentanten und Koordinatoren gelang PGA die Organisation eines weltweiten Aktionstag am 18. Juni 1999 anlässlich des G8-Gipfels in Köln (vgl. Rucht Teune und Yang 2007: 162; 164; 167).

Ebenfalls intensiv durch die Erfahrung des EZLN geprägt war die Bewegung „Tute Bianche“ („weiße Overalls“), die sich Mitte der neunziger Jahre im Umfeld der italienischen „Centri Sociali Autogestiti“ gründete. Dabei handelt es sich um hauptsächlich in besetzten Häusern betriebene „autonome“ und alternative Räume, die im Zuge der politischen Umwälzungen in Italien zu Beginn der siebziger Jahre entstanden (vgl. Cecchi 2004: 112 ff.). Mit ihrem namensgebenden Markenzeichen verwiesen die Tute Bianche auf eine neue post-fordistische und prekäre Situation, in der die Farbe weiß für das Verschwinden von festen Identitäten und sicheren Einkommen und damit letztlich für die große Gruppe der „Unsichtbaren“ steht. In diesem Sinne organisierten die Tute Bianche 1998 mehrere spektakuläre Aktionen in verschiedenen italienischen Städten, die in der „giornata nazionale degli invisibili“ gipfelten (vgl. Fumagalli/Lazzarato 1999: 88; Becucci 2003: 5). Anders als die anarchistischen und die marxistisch-leninistischen Strömungen der Centri Sociali schlossen sich die Tute Bianche dem Netzwerk „Genoa Social Forum“ an, das im Vorfeld des G8-Gipfels in Genua 2001 die gemeinsamen Proteste koordinierte (vgl. Becucci 2003: 5).

Nach den Protesten im Juli 2001 konfigurieren die Tute Bianche sich neu, nahmen Mitglieder anderer Centri Sociali und verschiedene Studentengruppen auf und änderten ihren Namen in „Disobbedienti“, die „Ungehorsamen“ (vgl. della Porta et al. 2006: 42). Damit verwiesen sie auf ein Aktionsrepertoire des „zivilen Ungehorsams“, wie etwa das Eindringen in „Rote Zonen“ bei Demonstrationen oder in die italienischen Aufnahmezentren für Migranten, womit sie beispielsweise auf die unrechtmäßige Einschränkung der Demonstrationsfreiheit oder der Bewegungsfreiheit für neu Eingewanderte hinweisen wollten (vgl. Reiter et al. 2007: 60). Entscheidende Impulse erhielt die Gruppe schließlich von ihrer Zusammenarbeit mit den Zapatisten, vor allem bei der Begleitung von 24 Kommandanten des EZLN auf ihrem Marsch von der Selva Lacandona in die Hauptstadt durch 200 Tute Bianche im Februar 2001 (vgl. *ibid.*: 6). Durch diese Erfahrung kamen bestimmte bereits angelegte Gemeinsamkeiten zwischen Tute Bianche/Disobbedienti und Zapatisten noch stärker zum Vorschein, nicht zuletzt die gemeinsame Überzeugung, dass es nicht wie im orthodoxen Marxismus auf das einheitliche „revolutionäre Subjekt“ ankommt, sondern auf das Zusammenwirken der Marginalisierten und Prekären (vgl. dazu Ya Basta 2001: 140; zitiert nach Becucci 2003: 7). Eine weitere Parallele bestand in der Bedeutung der autonomen Räume, im Falle der Zapatisten in den selbst regierten „comunidades“, im Falle der Centri Sociali auf wesentlich kleinerem Niveau in den jeweils besetzten Häusern, die nach eigenen Regeln funktionierten.

Auf die Erfahrungen der Zapatisten und auch der Tute Bianche wiederum rekurrieren Michael Hardt und Antonio Negri in ihrer Trilogie „Empire“, „Multitude“ und „Commonwealth“.

Ein weiteres Element des ideengeschichtlichen Hintergrunds bildet für beide, besonders jedoch für Antonio Negri, der „Operaismo“, eine Spielart des Marxismus, die sich in den sechziger Jahren in Italien entwickelte. Protagonisten dieser Theorierichtung waren linke Intellektuelle, die mit der kompromissorientierten Richtung von kommunistischer Partei und Gewerkschaften zu Zeiten des italienischen Wirtschaftswunders unzufrieden waren und gleichzeitig inhaltliche Abweichungen vom „orthodoxen“ Marxismus einbrachten (vgl. Wright 2002: 20 f.). Dazu gehörte die Umkehrung der Perspektive auf die historische Entwicklung: Während der klassische Marxismus die Gesetzmäßigkeiten des Kapitals als entscheidenden Faktor zu Grunde legt, geht der Operaismo vom Primat der Emanzipationskämpfe der Arbeiter („operai“) aus (vgl. Tronti 1971: 47; vgl. Wright 2002: 36 f.; 64 ff.). Weitere Merkmale des Operaismo waren die Betonung der direkten Aktion, die Ablehnung staatlicher Planung, sowie die Methode der „con-ricerca“ oder „gemeinsamen Forschung“. Letztere hatte das Ziel, anstelle von abstrakten theoretischen Einlassungen gemeinsam mit den jeweils betroffenen Arbeitern ihre Situation zu beschreiben, zu analysieren und Veränderungen anzustoßen (vgl. Alquati 1975; Wright 2002: 23 f.; 44 ff.).

Als Inkubationsphase des Operaismo gelten die Aktivitäten der Herausgeber der Zeitschrift „Quaderni Rossi“ um Raniero Panzieri und Mario Tronti, zu denen später auch Antonio Negri stieß und aus der sich, nach verschiedenen Spaltungs- und Neugründungsprozessen 1969 die radikale außerparlamentarische Formation „Potere Operaio“ bildete (vgl. Wright 2002: 32; 131 ff.). Antonio Negri spielte sowohl in Potere Operaio eine zentrale Rolle, als auch in der Nachfolgeorganisation „Autonomia Operaia“, die zu einem wichtigen Referenzpunkt des italienischen Linksradikalismus wurde und zu den teils gewaltsamen Mobilisierungen an Schulen, Universitäten und Fabriken 1977 („il settantasette“) beitrug. Diese wurden schließlich durch den Einsatz des Militärs und Massenverhaftungen beendet, im Zuge derer auch Negri wegen des Verdachts des Terrorismus festgenommen wurde. Nach Jahren in Haft und vorübergehender Freilassung wurde er dann wegen Mitgliedschaft in einer subversiven Vereinigung verurteilt, wobei seine Texte aus dem Kontext von Potere Operaio herangezogen wurden, in denen er zwar nicht den Terrorismus, wohl aber den bewaffneten Kampf der Arbeiterschaft explizit befürwortete (vgl. Wright 2002: 143; Murphy 2012: 6 f.). Einer erneuten Inhaftierung entzog er sich durch Ausreise nach Frankreich.

Nach seiner Auswanderung entwickelte Negri den Operaismo in zahlreichen Publikationen weiter. Zu diesen Transformationen gehörte zum einen der Weg-

fall der Konzentration auf eine Partei und auf Einheitlichkeit eines revolutionären Subjekts. Zentral für diese Neuorientierung war Negris Konzept des „*operaio sociale*“, womit er zum Ausdruck brachte, dass sich die Hervorbringung von Mehrwert von der großen Fabrik auf dezentralisierte Produktionsstätten und schließlich die gesamte Gesellschaft ausgeweitet hatte, und daraus neue Erfolgssichten für eine antikapitalistische Revolution ableitete (vgl. Wright 2002: 162–171). In seiner Weiterentwicklung des „*Operaismo*“ rekurrierte Negri dabei zunehmend auf die konstruktiven Potenziale der Renaissance und frühen Neuzeit, besonders Machiavellis und Spinozas, so dass sein Werk inzwischen als das eines „*Renaissancehumanisten*“ interpretiert worden ist (vgl. Murphy 2012: 11). Seine Interpretation Spinozas beruhte dabei in wichtigen Punkten auf der des französischen Philosophen Jacques Deleuze. Zentrale Impulse erhielt Negris Denken darüber hinaus von Foucaults Konzept der Biomacht und Félix Guattari, mit dem er direkt zusammenarbeitete (vgl. *ibid.*: 133 f.; 171 f.; Saar 2003: 523; Saar 2006: 808; 819).

Nach einer Phase der Sinnsuche der radikalen Linken in Italien wuchs das Interesse an Negris Weiterentwicklungen des *Operaismo* vor allem ab den 1990er Jahren und gipfelte in dem beispiellosen Erfolg seiner Kooperationsprojekte mit dem US-amerikanischen Literaturwissenschaftler Michael Hardt. Dieser hatte mit Negri seit Ende der achtziger Jahre in der Redaktion der französischen Zeitschrift „*Futur Antérieur*“ kooperiert. 1994 veröffentlichten beide mit „*Labor of Dionysus*“ das erste Produkt ihrer Zusammenarbeit. Vor dem Hintergrund der gegenüber politischen Emanzipationsprojekten pessimistischen Komplexitätstheorien des Poststrukturalismus bei gleichzeitiger Verkündung des „*Endes der Geschichte*“ in den neunziger Jahren trafen die Texte von Guattari, Negri und Hardt offenbar einen Nerv und erfüllten ein vorhandenes Bedürfnis nach einem Denken, das politisches Engagement nicht nur für geboten, sondern auch für sinnvoll erklärte (vgl. *ibid.*: 809; Murphy 2012: 176).

Ökonomie/Soziologie und die Suche nach Alternativen

Parallel zu der Fundamentalkritik, wie sie von Zapatisten, *Disobbedienti* und anderen artikuliert wurde, formulierten verschiedene Gruppen und Autoren eine Kritik an der neoliberalen Politik von Konzernen, Regierungen und internationalen Finanzinstitutionen, die von ökonomischen und soziologischen Analysen ausgeht, insgesamt größere Hoffnungen auf den Staat setzt und tendenziell stärker auf reformerische Lösungen ausgerichtet ist.

Sie ist in Frankreich besonders stark, wo sich die sozio-politische Konstellation in den neunziger Jahren als günstig für die Formierung einer neuen Bewegung erwies: Neben den Erben des antikolonialen „*Tiersmondisme*“ waren zu

diesem Zeitpunkt auch verschiedene andere Gruppen auf der Suche nach einem neuen Rahmen für ihr Engagement, die sich nicht (mehr) mit den etablierten linken Parteien und den großen Gewerkschaften identifizieren konnten (vgl. Agrikoliansky, Fillieule und Meyer 2005: 32 ff.; Sommier/Combes 2007: 104 f.). Dazu gehörten maßgeblich die Mitglieder verschiedener autonomer Gewerkschaften, die sich ab den achtziger Jahren von den großen Gewerkschaftsbünden wie der CFDT (Confédération française démocratique du travail) lossagten. Viele dieser Gewerkschaften, darunter auch die Gruppen, die sich selbst programmatisch „Solidaires, Unitaires, Démocratiques“ (SUD) nannten, schlossen sich zunächst informell und ab 1998 formal zum „Groupe des 10“ zusammen, um ihre Opposition gegen den moderaten Kurs der Gewerkschaftsbünde zu signalisieren und gleichzeitig den Horizont des gewerkschaftlichen Engagements über die Fragen der Lohnarbeit und über den nationalen Rahmen hinaus zu erweitern (vgl. Denis 2005: 265; 278; 285).

In einem nationalen Generalstreik, der im Dezember 1995 seinen Höhepunkt erreichte, traten diese und andere Bewegungen in Erscheinung und etablierten wirkmächtige Allianzen mit Intellektuellen, allen voran Pierre Bourdieu (vgl. Sommier/Combes 2007: 115). Zwar wurden die Ereignisse erst im Nachhinein mit der Bedeutung des „Gründungsmoments“ der französischen Globalisierungskritik aufgeladen. Dennoch spielte neben dem nationalen Auslöser – der von Premierminister Alain Juppé geplanten Rentenreform – das Thema der „Globalisierung“ („mondialisation“) und des Anpassungsdrucks der „globalen Märkte“ für bestimmte Gruppen innerhalb der Streikenden und Demonstrierenden, in Verlautbarungen und in der Berichterstattung bereits zu diesem Zeitpunkt eine wichtige Rolle (vgl. Agrikoliansky, Fillieule und Meyer 2005: 35; Contamin 2005: 240; 248 ff.). 1995 entstanden auch erste Allianzen von Gewerkschaften wie der SUD-Gruppe und den „mouvements des sans“, der „ohne“-Bewegungen, in denen Arbeitslose, Obdachlose („sans-lôgement“) und illegale Einwanderer („sans-papiers“) miteinander kooperierten (vgl. Sommier/Combes 2007: 107).

Ein Schlüsselereignis für die Formierung dieser Kritikrichtung war schließlich die Veröffentlichung des Aufrufs „Désarmer les marchés“ von Ignacio Ramonet in „Le Monde diplomatique“ im Dezember 1997 (Ramonet 1997). Unter Berufung auf den „Taifun“, der über die asiatischen Börsen hinwegfegte und die „gesamte Welt bedroht“, warnte der Autor darin vor der finanziellen Globalisierung, die ihren eigenen Weltstaat aus IWF, Weltbank, OECD und WTO geschaffen habe. Gleichzeitig brachte Ramonet die Idee einer Steuer auf Finanztransaktionen ins Spiel und rief zur Gründung eines Netzwerks mit diesem Zweck auf. Dieser Aufruf wurde von hunderten von Lesern begeistert auf-

genommen, woraufhin „Le Monde diplomatique“ unter der Federführung von Bernard Cassen Anfang 1998 eine Versammlung in Paris einberief, auf der sich die von Ramonet entworfene „association pour une taxation des transactions financières pour l'aide aux citoyens“¹² (Attac) konstituierte, jene Bewegungsorganisation, die den Diskurs der Globalisierungskritik entscheidend prägte und teilweise in den Medien mit „der Globalisierungskritik“ überhaupt gleichgesetzt wurde (vgl. Agrikoliansky, Fillieule und Meyer 2005: 31).

Wie bereits im Namen ausgedrückt, zielt Attac auf die Einführung einer Steuer auf Divisentransaktionen, wie sie der Ökonom James Tobin vorgeschlagen hatte. Ziel ist dabei zum einen eine Eindämmung solcher kurzfristigen Transaktionen, die für hohe Volatilität der Wechselkurse und Instabilität von Finanzmärkten verantwortlich gemacht werden, zum anderen das Erschließen einer Einkommensquelle zur Realisierung sozialpolitischer Projekte, nicht zuletzt auch im globalen Süden (vgl. Attac Deutschland 2004). Dass Tobin sich von dem bei Attac ausdrücklich bezweckten Umverteilungsaspekt der Steuer medienwirksam distanzierte, tat der Popularität der Idee keinen Abbruch, zumal sie nur einen Teil der von Attac geforderten Reform der globalen finanzwirtschaftlichen Ordnung ausmachte. Weitere Schwerpunkte waren die Abschaffung von Steueroasen und die Verstärkung von Banken- und Börsenaufsicht (vgl. Leggewie 2003: 130 f.) Seit der Gründung hat sich das Spektrum der von Attac bearbeiteten Themen noch stärker vergrößert und friedenspolitische und ökologische Programmpunkte aufgenommen (vgl. Sommier/Combes 2007: 108).

Zu den konstituierenden Mitgliedern des Netzwerks gehörten neben Einzelpersonen auch Gewerkschaften und Organisationen, darunter viele der Protagonisten der Streiks von 1995, wie die gewerkschaftliche „Gruppe der 10“, die Arbeitsloseninitiative „Agir Contre le Chomâge“ und die für ihre spektakulären Aktionen bekannte Landwirtschaftsgewerkschaft „Confédération Paysanne“ (vgl. Denis 2005: 266; 275). Da Attac sich explizit einen Bildungsauftrag gab, legte es großen Wert auf seine Publikationen, Seminare und Sommeruniversitäten und richtete einen wissenschaftlichen Beirat ein, zu dem Wissenschaftler verschiedener Fachrichtungen, besonders aus der Ökonomie gehörten (vgl. Sommier/Combes 2007: 108).

Wirkmächtige Intellektuelle im Umfeld von Attac waren Pierre Bourdieu und Susan George. Der Soziologe Pierre Bourdieu hatte als Professor am Collège de France bereits den Status eines Klassikers und Stichwortgebers innerhalb des Faches inne, dessen Konzepte „Feld“, „Habitus“ und „symbolisches Kapital“ vielfältig anschlussfähig waren, als er spätestens ab den neunziger Jahren zu

12 Das Akronym steht seit 2009 für einen neuen Namen, nämlich „association pour la taxation des transactions financières et pour l'action citoyenne“.

einem öffentlichen Intellektuellen avancierte (vgl. Bohn/Hahn 1999: 267 f.). Bereits Ende der fünfziger Jahre hatte er während eines Forschungsaufenthalts in Algerien eine Synthese von Engagement und Wissenschaft gefunden (vgl. *ibid.*: 252 f.). Einen ersten Schritt zu einem klaren Plädoyer für eine Veränderung des Status quo markierte das unter seiner Federführung entstandene Werk „La misère du monde“ (1993), in dem er und seine Koautoren akribisch in Interviews und Kommentaren die Erfahrungen von Marginalisierung, Frustration und materieller Unsicherheit dokumentierten, die sie nicht zuletzt auf den Rückzug des Wohlfahrtsstaates zurückführten (vgl. Burchardt 2003: 509 f.). Seine eindeutige Positionierung als öffentlicher Intellektueller folgte dann mit seiner Solidarisierung mit den Streikenden 1995 und mit verschiedenen globalisierungskritischen Veröffentlichung und Vorträgen, die in den beiden Sammelbänden *Contre-feux* (1998) und *Contre-feux 2* (2001) herausgegeben wurden. Darin griff er einerseits auf vorangegangene Arbeiten und Konzepte zurück, etwa in seinen Analysen des Machtfelds und des journalistischen Feldes, brach aber gleichzeitig mit seiner früheren Ablehnung der Figur des öffentlichen Intellektuellen à la Aron oder Sartre, sowie seiner ehemals pessimistischen Einschätzung des emanzipatorischen Potenzials der Akteure des akademischen Feldes (vgl. Bourdieu 1968; vgl. Bohn/Hahn 1999: 266; Burchardt 2003: 215, vgl. dazu Kap. 4.3).

Susan George, in den USA geboren, aber seit Jahrzehnten in Frankreich lebend, war Vizepräsidentin von Attac zwischen 2000 und 2006 und wirkte in verschiedenen prominenten Funktionen innerhalb des „Transnational Institute“ (TNI), eines Forschungsinstituts, das sich dem Ziel eines „just, democratic and sustainable planet“ verschrieben hat (vgl. TNI 2015). Sie publizierte und forschte bereits in den 1970er Jahren zu den Themen Ernährung, Überschuldung und globale Gerechtigkeit. Ihr erstes Buch, das weltweit für Aufsehen sorgte, war „How the Other Half Dies: The Real Reasons for World Hunger“ (1976). Wie im Untertitel bereits verdeutlicht, ging es ihr darum, die gängigen Erklärungen für den Welthunger wie „Überbevölkerung“ als falsch offen zu legen und auf die Verantwortung der „einen Hälfte“ der Welt für den Hunger der anderen hinzuweisen. In ihrem Buch „The Debt Boomerang“ (1992) verdeutlichte sie die negativen Folgen der Verschuldung der Dritten Welt für Schuldner- wie Geberländer. Aufgrund der dort aufgezeigten Überzeugungen engagierte sie sich für die Kampagne Jubilee 2000. Darüber hinaus arbeitete sie für verschiedene UN-Organisationen und beteiligte sich an der Kampagne gegen das Multilateral Agreement on Investment (vgl. ten Brink 2004: 30). Sie war außerdem mehrfach Sprecherin auf dem Weltsozialforum, dessen Motto sie im Titel ihres programmatischen Buches „Another world is possible if“ (2004) aufgreift, in dem sie die

Bedingungen aufschlüsselt, die aus ihrer Sicht gegeben sein müssen, um das Ziel der „anderen Welt“ zu verwirklichen.

Auch in Deutschland, wo 2000 eine Attac-Sektion gegründet wurde, dominierte das Netzwerk die Berichterstattung über die Globalisierungskritik derart stark, dass es teilweise damit gleichgesetzt wurde (vgl. Rucht, Teune und Yang 2007: 158 f.). Den Höhepunkt ihres Einflusses erreichte die moderate Richtung der Globalisierungskritik in Deutschland um 2003/2004, als es ihr gelang, im Zuge der Reformen des Wohlfahrtsstaats unter der zweiten Regierung Schröder, vor allem der Hartz IV-Gesetze, eine breite Solidarisierung von Gewerkschaften, Arbeitslosen und linken Parteien zu erzielen (vgl. *ibid.*: 164). Anders als in Frankreich gab es in Deutschland jedoch keine charismatischen und medienaffinen Bewegungsinтеллектуellen (vgl. *ibid.*: 181).

In den USA konnte die moderate, ökonomisch orientierte Globalisierungskritik um die Jahrtausendwende mit Joseph Stiglitz hingegen auf eine sehr profilierte Persönlichkeit zählen, deren Glaubwürdigkeit nicht zuletzt durch den Wirtschafts-Nobelpreis und die ehemalige Funktion als Weltbank-Chefökonom unterstrichen wurde. Seine Vergangenheit innerhalb einer zentralen Institution des „Washington Consensus“ und seine Bereitschaft, für seine Kritik an diesen Institutionen seine Karriere aufs Spiel zu setzen, brachten ihm den Ruf eines „rebel within“ (Chang 2001) ein. Kurz nach seinem Rücktritt vom Amt als Chefökonom der Weltbank veröffentlichte er in der *New Republic* den viel beachteten Artikel „What I learned at the world economic crisis“ (Stiglitz 2000). 2002 folgte der Bestseller „Globalization and its Discontents“ (Stiglitz 2002), der in dreißig Sprachen übersetzt und über eine Million Mal verkauft wurde. In seiner kritischen Praxis als „Renegat“ (Leggewie 2003: 60) machte er sich einerseits Feinde im „orthodoxen“ Lager, gewann jedoch gleichzeitig enorme weltweite Popularität und wurde zu einem Grenzgänger, der regelmäßig sowohl Weltwirtschaftsforen in Davos als auch Weltsozialforen besuchte (vgl. Fridell 2011: 181).

Wie im Fall des *Le Monde diplomatique*-Artikels von Ramonet stand im Hintergrund von Stiglitz' Interventionen die Asienkrise, die im Westen vor allem deshalb als allgemeine Krise der Globalisierung interpretiert wurde, weil die Erfolge der asiatischen „Tigerstaaten“ hier lange Zeit als marktliberales Vorbild, als Beweis für die Wohlfahrtssteigerung durch Globalisierung und gleichzeitig als Begründung für die Notwendigkeit des Abbaus wohlfahrtsstaatlicher Sicherheiten herangezogen worden waren (vgl. Ehrke 1998: 530 f.). Im Mittelpunkt stand für Stiglitz darüber hinaus die Beobachtung, dass die Programme des IWF die Finanz- und Wirtschaftskrise in Asien 1997/1998 noch verschärften, da Notkredite an drastische Sparmaßnahmen, sowie Zins- und Steuererhöhungen geknüpft waren, und zwar obwohl einige der Staaten bei Ausbruch der Krise

sogar Haushaltsüberschüsse aufwiesen. Diese Maßnahmen, verbunden mit der Vorgabe weiterer Finanz- und Handelsliberalisierung, stürzten Staaten wie Südkorea, Indonesien und Thailand noch tiefer in die Rezession, was zu zahlreichen Insolvenzen und Massenarbeitslosigkeit führte, ohne die Flucht des internationalen Kapitals und den Absturz der Währungen aufzuhalten (vgl. Huffschmid 1998: 969 f.; Nunnenkamp 1998: 33 ff.). Staaten, die sich diesen Vorgaben widersetzen, wie etwa Malaysia, konnten die Folgen der Finanz-, Wirtschafts- und Währungskrise hingegen besser abfedern (vgl. Dieter 1999: 90 f.).

Neben der Asienkrise spielten für Stiglitz' intellektuelles Engagement auch seine Erfahrungen in Verhandlungen zwischen Weltbank, IWF und Nationalregierungen eine wichtige Rolle, in denen die neoliberale Linie, d.h. die Kombination von Austerität, Abbau von Handelshindernissen und Finanzmarktliberalisierung oft kompromisslos und ohne Rücksicht auf die Bedürfnisse der jeweiligen Bevölkerung durchgesetzt wurden. Dazu gehörte auch die verheerende Entwicklung in der Sowjetunion, in der die Marktwirtschaft Anfang der neunziger Jahre schlagartig, d.h. ohne vorherige Schaffung stabiler legaler Rahmenbedingungen eingeführt wurde. Diese einseitige Konzentration auf Marktwirtschaft, Privatisierung und Finanzliberalisierung ermöglichte eine beispiellose Bereicherung der ehemaligen Parteieliten und führte gleichzeitig zu einer Verarmung großer Teile der Bevölkerung mit deutlichen sinkenden Lebensstandards und sinkender Lebenserwartung (vgl. z.B. Prokofieva/Terskikh 1998; Gould-Davies/Woods 1999).

Theologie und alternative Globalisierung

Die dritte Gruppe von Bewegungsorganisationen und Autoren kommt aus dem religiösen Umfeld und argumentiert theologisch. Die theologischen Intellektuellen sind dabei keine isolierte Erscheinung. Vielmehr machen sie Grundüberzeugungen explizit, die von dem großen religiösen Sektor innerhalb der globalisierungskritischen Aktivisten geteilt werden (vgl. Santos 2005: 67). So fand etwa das Weltsozialforum mehrmals auf dem Gelände der Päpstlichen Universität in Porto Alegre statt (vgl. Leggewie 2003: 82), und die Katholiken stellten auf dem siebten WSF in Nairobi 2007 die größte Gruppe von Delegierten (vgl. The Economist 2007).

Einen wichtigen Beitrag zu diesem Strang der Globalisierungskritik leisten Vertreter der ursprünglich in Lateinamerika entwickelten Befreiungstheologie. Diese Denkrichtung entstand in den sechziger Jahren im Umfeld sozial und politisch engagierter Ordensleute, Priester und Bischöfe, die begannen, die allgegenwärtige Armut theologisch und politisch zu deuten und dabei die Freiräume zu nutzen, die im Zuge der Reformbewegung und des Zweiten Vatikanischen

Konzils in der katholischen Kirche entstanden waren. Die Befreiungstheologie war und ist einerseits eine Denkrichtung, die versucht die zentralen Themen der Theologie vor dem Hintergrund der Erfahrungen von Armut und Ausbeutung neu durchzuarbeiten, die den lateinamerikanischen Kontinent kennzeichnen, und andererseits eine politisch-soziale Bewegung, die in ihrer Wirkweise weit über die akademische Welt hinaus reicht. Sie versteht sich somit gleichzeitig als eine „Theologie über Befreiung“ und als eine „Theologie für Befreiung“ (vgl. Hebblethwaite 2007: 209). Ihre Vorväter sieht sie in Priestern und Ordensleuten wie Bartolomé de Las Casas und Antonio de Montesinos, die während der Kolonialzeit die machtpolitische und theologische Einheit aus Eroberung und Mission in Frage stellten und sich für die Belange der Indigenen einsetzten. Von einem legitimatorischen Pfeiler des politischen Status quo wandelte sich das Christentum mit der Befreiungstheologie zu einer Motivationsquelle für politisches Engagement gegen die bestehenden Verhältnisse.

Den Beginn der Blütezeit der Befreiungstheologie markiert die zweite Allgemeine Konferenz des kontinentalen Bischofsrates „CELAM“ in Medellín 1968, deren Abschlussdokument sich zur „Magna Carta“ eines neuen Verständnisses der Mission von Christen und Kirche entwickelte (vgl. Prien 2007: 405; Smith 1991: 18; 123). Zu den befreiungstheologischen Grundideen gehören die „Option für die Armen“, die Parteilagergreifung Gottes für die Unterdrückten, wie sie etwa in der Exoduserzählung zum Ausdruck kommt, sowie die Verpflichtung aller Christen zum politischen Engagement für die Unterdrückten als Konsequenz aus der Reich-Gottes- sowie der Auferstehungslehre. Für die Analyse der politischen und ökonomischen Strukturen sowie zeitweise auch in ihrer Formulierung gesellschaftlicher Zielsetzungen, griffen die Befreiungstheologen dabei auf Marxismus und Dependenztheorie zurück. Zentrale Monographien, die diese Grundideen theologisch entfalten und über Jahrzehnte intensiv rezipiert wurden, sind Gustavo Gutiérrez’ „Teología de la Liberación“ (1971) sowie Leonardo Boff’s „Jesus Cristo Libertador“ (1971).

In den achtziger Jahren setzte eine Phase des Niedergangs ein, in der die Befreiungstheologie innerhalb und außerhalb der Kirche an Einfluss verlor, nicht zuletzt aufgrund der gezielten Politik von Papst Johannes Paul II. und Joseph Ratzinger als Präfekt der Glaubenskongregation (vgl. Hebblethwaite 2007: 212; Della Cava 1992: 177 ff.). Verschärft wurde die Krise durch den Aufstieg von evangelikalen und neopentekostalen Freikirchen, die auf eine Theologie der Prosperität setzten (vgl. Smith 1998: 9 ff; 51 ff.).

Trotz dieses Niedergangs auf der Ebene des unmittelbaren politischen und kirchlichen Einflusses wirkten die Protagonisten der Befreiungstheologie auf verschiedene Weise weiter und trugen so indirekt zur Formation wichtiger Be-

wegungsorganisationen bei, die Teil der Globalisierungskritik wurden: Dies gilt zum einen für die brasilianische Landlosenorganisation MST („Movimento dos Trabalhadores Rurais sem Terra“), die sich in den achtziger Jahren gründete und damit eine Praxis systematisierte, die bereits zuvor zum Einsatz kam: Die Besetzung ungenutzten Landes mit dem Ziel, dort ganze Dörfer mit eigener landwirtschaftlicher Produktion und eigener Infrastruktur aufzubauen. Besonders in der Gründungsphase hätte das MST ohne die logistische, aber auch politische und legitimatorische Unterstützung der befreiungstheologisch orientierten Kirche nicht überleben können (vgl. Burdick 2004: 99 ff.).

Eine zentrale Rolle spielte die befreiungstheologisch orientierte katholische Kirche auch für die Vorgeschichte des mexikanischen EZLN. Hier sorgte allen voran der Bischof von San Cristóbal de las Casas, Samuel Ruiz García, für Austausch und Vernetzung der indigenen Bevölkerung in seiner Diözese in Chiapas. Obwohl Ruiz García gewaltsame Vorgehensweisen immer ablehnte, dienten die von ihm geschaffenen Strukturen als Plattform, aus der die EZLN hervorgehen konnte (vgl. Floyd 1996; Leyva Solano 1995; Harvey 1998: 74; Unrau 2016: 219 f.).

An der Entstehung des Weltsozialforums waren kirchliche Organisationen der befreiungstheologisch orientierten brasilianischen Kirche, darunter die Pastorkommissionen für die Landfrage „CPT“ und der Bischofsrat „CNBB“, maßgeblich beteiligt (vgl. Levy 2009: 178 f.; 182 ff.). Eine wichtige Rolle spielte dabei der Mitgründer des Forums Chico Whitaker. Dieser hatte bereits in den 1970er Jahren von Paris aus für die brasilianische Bischofskonferenz an der Initiative „Por uma sociedade superando as dominações“ („Für eine die Beherrschung überwindende Gesellschaft“) gearbeitet. Dieses Projekt, das hauptsächlich auf einen weltweiten Austausch über politische und religiöse Fragen abzielte, kann trotz seiner begrenzten Wirkung als früher Vorläufer des Weltsozialforums gelten (vgl. Whitaker 2005: 236; zum ursprünglichen Projekt vgl. Padin 1978).

Gleichzeitig formierte sich eine neue Generation von Befreiungstheologen. Ab den neunziger Jahren widmeten sie sich intensiv dem Thema der Globalisierung und vernetzten sich weltweit mit kritischen Theologen anderer Konfessionen. Ein zentrales Ereignis in diesem Zusammenhang war das „World Forum on Theology and Liberation“, das erstmalig 2005 im Zusammenhang mit dem fünften Weltsozialforum in Porto Alegre stattfand und Theologen aus allen Weltregionen vereinte, um im Kontext des Weltsozialforums die Fragen der Globalisierung aus theologischer Perspektive zu durchdenken. Teilgenommen und zu einer gemeinsamen Publikation beigetragen haben an diesem Ereignis neben Vertreter der ersten Generation der Befreiungstheologie, wie Leonardo Boff, auch Reprä-

sentanten der neueren Generationen, wie etwa der aus Korea stammende und in Brasilien lehrende Jung Mo Sung sowie Vertreterinnen der feministischen und ökologischen Strömungen in der Befreiungstheologie, wie Marcella Altaus-Reid und Elsa Támez (vgl. Althaus-Reid, Petrella und Susin 2007).

Seit den sechziger Jahren steht die lateinamerikanische Befreiungstheologie auch im Austausch mit theologischen Richtungen in Europa, die ähnliche Zielsetzungen verfolgen, so etwa der „Politischen Theologie“ in der Prägung des Katholiken Johann Baptist Metz und des Protestanten Jürgen Moltmann.

Gleichzeitig arbeiten in Lateinamerika, besonders am „Departamento Ecu­ménico de Investigaciones“ (DEI) in Costa Rica aus Europa stammende Wahllateinamerikaner wie etwa Franz Joseph Hinkelammert.

Diese Theologinnen und Theologen gehören zu einem Umfeld, das auch in Europa schon früh weitere wichtige Impulse für die Globalisierungskritik gegeben hat. So beteiligte sich etwa die Missionszentrale der Franziskaner an den Protesten gegen den G7-Gipfel 1992 in München (vgl. Burggraf 1992).

Ein weiteres Moment christlich inspirierter Globalisierungskritik war die Teilnahme an der „Erlassjahr“-Kampagne, die in Deutschland nach britischem Vorbild und in Anlehnung an die alttestamentliche Tradition für die Streichung der unbezahlbaren Schulden der Dritten Welt eintrat. Teil dieser Kampagne war auch das Netzwerk „Kairos Europa“, das sich – anknüpfend an die christliche Anti-Apartheitsbewegung in Südafrika – 1989 auf einer ökumenischen Versammlung in Basel formiert und 1990 im italienischen Monteforte gegründet hatte. 1998 veröffentlichte Kairos Europa einen viel beachteten „Aufruf an die Glaubensgemeinschaften, Gewerkschaften, sozialen Bewegungen und andere interessierte Gruppen und Personen zur Bündnisbildung für die Befreiung vom Diktat der deregulierten globalisierten Wirtschaft und ihrer Konkurrenzkultur“ (Kairos Europa 1998).

Mitbegründer von Kairos Europa war der evangelische Befreiungstheologe Ulrich Duchrow, der als außerplanmäßiger Professor an der Universität Heidelberg lehrt, eng mit lateinamerikanischen Theologen, besonders des DEI, zusammenarbeitet und als Mitglied im Wissenschaftlichen Beirat von Attac immer wieder scharfe Kritik am Neoliberalismus formuliert.

Diese Stimmen haben innerhalb der deutschen evangelischen Kirche zumindest einen gewissen Einfluss, was sich nicht zuletzt darin zeigt, dass auf den Kirchentagen 2005 und 2007 in Hannover und Köln Fragen der globalen Gerechtigkeit eine zentrale Rolle spielten und mit Vandana Shiva und Susan George sehr profilierte Vertreterinnen der Globalisierungskritik auftraten (vgl. Rucht, Teune und Yang 2007: 170). Aktivistische Strömungen der christlich geprägten Globalisierungskritik traten etwa im Zuge der Proteste gegen den G8-Gipfel von

Heiligendamm 2007 in Erscheinung, als einzelne Kommissionen der katholischen Organisation Pax Christi, sowie Mitglieder des Münsteraner „Instituts für Theologie und Politik“ (ITP) auch an den kontrovers diskutierten Mobilisierungen des „Block G8“-Bündnisses teilnahmen. Das ITP macht sich dabei die Ziele und Aktionsformen des „zivilen Ungehorsams“ ausdrücklich zu eigen (vgl. ITP 2008).

In Italien hingegen verbanden sich verschiedene Bewegungen aus dem christlichen Umfeld, darunter Pax Christi und die katholische Freiwilligenorganisation „Beati i costruttori di pace“ 1999 zu dem Netzwerk „Rete Lilliput“, das sich in Anlehnung an die Lilliputaner aus dem Roman „Gullivers Reisen“ das Ziel setzte, durch viele kleine Veränderungen eine Transformation der Weltordnung zu erreichen. Obwohl auch säkulare Organisationen wie der WWF sich dem Netzwerk anschlossen, machte die christliche Identität durchaus eine wichtige Komponente von Rete Lilliput aus, was nicht zuletzt an der charismatischen Persönlichkeit des katholischen Comboni-Missionars Alex Zanotelli lag, der die Rete von Anfang an begleitete (vgl. Veltri 2003: 87).

Damit sind zum einen die Hauptströmungen der Globalisierungskritik benannt und im Spektrum der Debatten um Globalisierung lokalisiert, zum anderen wurden ihre Entstehungszusammenhänge charakterisiert. Bevor mit der Auswertung der ausgewählten Texte begonnen werden kann, gilt es noch, die theoretische Fundierung der vorgenommenen Analyse zu explizieren. Dieser Aufgabe ist das folgende Teilkapitel gewidmet.

2.3 THEORETISCHE FUNDIERUNG

Nachdem das zu untersuchende Material systematisch abgegrenzt und in seinen historischen Zusammenhang eingeordnet wurde, geht es im Folgenden darum, die theoretische Fundierung zu klären, die der Analyse des Materials zu Grunde liegt.

Die Globalisierungskritik fordert eingreifendes Handeln, den Einsatz für eine Veränderung der Welt, d.h. Engagement. Dabei gibt es unterschiedliche Intensitätsniveaus des verlangten Einsatzes, bis hin zur „Verpfändung“ der eigenen Person für ein bestimmtes Projekt, wie es im existentialistischen Ursprung des Begriffs mitschwingt (vgl. Sartre 1943: 808 ff.; Sartre 1970 [1946]: 63; Hartmann 1972). In welcher Form sie dabei auf unmittelbare und tradierte Erfahrung zurückgreift, um Motive, Formen und Ziele des geforderten Engagements zu begründen, ist die Frage, die die Analyse des Materials leitet.

Wie eingangs erwähnt, ist dabei die Grundannahme, dass der Rekurs auf eine bestimmte Erfahrungsdimension zum einen von einer unmittelbaren Erfahrung selbst ausgehen, zum anderen aber auch durch die sprachliche Artikulation und Einordnung der Erfahrung beeinflusst werden kann. Diese konstitutive Beziehung zwischen Erfahrung und Artikulation formuliert Charles Taylor folgendermaßen:

„That description and experience are bound together in this constitutive relation admits of causal influences in both directions: it can sometimes allow us to alter experience by coming to fresh insight; but more fundamentally it circumscribes insight through the deeply embedded shape of experience for us“ (Taylor 1985: 37).

Zu einer angemessenen Berücksichtigung der Rolle der Artikulation gehört auch, dass in die jeweils vom Erfahrenden vorgenommene Artikulation und Einordnung einer Erfahrung auch die von anderen formulierten Ideen, Wertungen und Gewichtungen einfließen.

Diesen beiden Wirkrichtungen entsprechen zwei Arten der Untersuchung: Die eine versucht, das Erfahrungsmoment zu identifizieren, aus dem eine bestimmte Idee entsteht. Die andere untersucht, welche vorhergehenden Ideen, Konzepte, Begriffe, Traditionen und Kanones den Horizont eines Autors prägen und auf die Artikulation seiner jeweils eigenen Erfahrung Einfluss nehmen. Beide Suchrichtungen werden in der folgenden Analyse miteinander verknüpft. Dazu wird auf zwei unterschiedliche Traditionslinien in der Betrachtung politischen Denkens zurückgegriffen.

Die erste Perspektive rekurriert auf Eric Voegelins Erkenntnis, dass die Analyse von Ideen bei der Analyse von Erfahrungen anzusetzen hat, die er in seinen „Autobiographischen Reflexionen“ folgendermaßen schildert:

„I had to give up ‚ideas‘ as objects of history and establish the experience of reality – personal, social, historical, cosmic – as the reality to be explored historically. These experiences, however, one could explore only by exploring their articulation through symbols“ (Voegelin 2006 [1989]: 104).

Auch in seinem Werk „Anamnesis“ betont Voegelin die zentrale Bedeutung von Erfahrung für seine Theorie, indem er in mehreren Fragmenten von besonderen Erfahrungen aus seiner Kindheit und Jugend berichtet (vgl. Voegelin 1966: 61–76). Trotz der fundamentalen Stellung von Erfahrung in seiner Theorie klärt Voegelin nicht, was genau er unter Erfahrung versteht und welche Formen es zu unterscheiden gilt. Vor diesem Hintergrund entwickelt Wolfgang Leidhold einen

umfassenden Begriff von Erfahrung, der im Folgenden mit Modifikationen zu Grunde gelegt wird.

Dazu präzisiert er zunächst, dass es nicht um Erfahrung als akkumulierte und erprobte Expertise und auch nicht um Erfahrung im Sinne eines besonders intensiven Erlebnisses geht, sondern um Erfahrung als Moment des In-Kontakt-Tretens mit einer Sache (vgl. Leidhold, i.E. 2018). Erfahrung in diesem Sinne definiert er als „bewusste Partizipation“ (Leidhold 2008: 27): Dabei bezeichnet „Partizipation“ das *genus proximum*, „Bewusstsein“ hingegen die *differentia specifica*, die eine Partizipation zu einer Erfahrung macht. Beispiele für unbewusste Partizipationsweisen, die daher nicht zur Erfahrung werden, sind etwa die Teilhabe an bestimmten Strahlungen oder an einer nicht wahrgenommenen Geräuschkulisse (vgl. *ibid.*: 26). Elemente, die die Erfahrung konstituieren, sind der „Pol des Erfahrenden“, also die Person, die die Erfahrung macht, der „Pol des Erfahrenen“, d.h. der Gegenstand der Erfahrung sowie die Bezugnahme, die beide Pole verbindet (vgl. *ibid.*: 28).

Durch die jeweilige Art der Bezugnahme ergeben sich unterschiedliche Strukturen der Partizipation. Auf dieser Grundlage unterscheidet Leidhold verschiedene Formen oder Dimensionen der Erfahrung. Der grundlegendste und von der Mehrheit der Autoren der Ideengeschichte zum einzigen erklärte Erfahrungstyp ist die gegenständliche oder sinnliche Erfahrung. Sie zeichnet aus, dass die Partizipation gegenständlich ist, insofern hier ein Gegenstand gegen den Körper steht (vgl. *ibid.*: 25).

Andere Erfahrungsdimensionen, wie z.B. die Imagination oder die Erfahrung des Selbstbewusstseins, sind hingegen durch eine ungegenständliche Art der Partizipation gekennzeichnet, insofern hier nicht eine „Sache“ auf den Körper wirkt (vgl. *ibid.*: 26 f.). So wirkt die Imagination etwa in Form von Erinnerungen an Gesehenes oder Gehörtes, ohne dass die jeweils gesehen oder gehörten Dinge noch präsent sind. Im Fall des Selbstbewusstseins ist das Bewusstsein selbst, d.h. die eigene Identität, Gegenstand der Erfahrung (vgl. Leidhold 2002: 81–85).

Die Erfahrungsdimension, die derartige Differenzen und Gemeinsamkeiten auszumachen vermag, ist die spekulative oder rationale Erfahrung. Insofern als hier die Ordnung der verschiedenen Erfahrungsdimensionen selbst Gegenstand der Erfahrung ist, kann diese Dimension auch als „Ordnungserfahrung“ bezeichnet werden (vgl. *ibid.*: 28). Sie gehört ebenfalls zu den ungegenständlichen Erfahrungen.

Auch die spirituelle Erfahrung und die kreative Imagination zeichnen sich durch eine jeweils spezifische Art der ungegenständlichen Partizipation aus: Die spirituelle Erfahrung ist dadurch charakterisiert, dass dem Erfahrenden zwar eine Bezugnahme präsent wird, nicht aber die Quelle des Bezugs (vgl. *ibid.*: 63; 109

f.). Die kreative Imagination ähnelt der reproduzierenden Imagination oder Erinnerung, ist aber, anders als diese, nicht an die Kausalität der Dingwelt gebunden und kann damit völlig Neues hervorbringen (Leidhold 2002: 140). Des Weiteren kann der Erfahrende hier, ähnlich wie im Fall der Spiritualität, nicht willkürlich über das Eintreten der Erfahrung verfügen, ist also nicht autonom.

Heteronomie kennzeichnet auch die emotionale Erfahrung (die bei Leidhold nicht als eigene Erfahrungsdimension aufgefasst wird). Darüber hinaus zeichnet sie sich dadurch aus, dass hier leibliche und geistige Partizipation gleichzeitig vorliegen. Darauf verweist auch der Sprachgebrauch mit Ausdrücken wie „Zuschütren des Halses“, „heiße Liebe“ oder „kalte Panik“ (vgl. dazu auch Roth 2003: 286).¹³

Ein weiterer Aspekt der gewählten Perspektive ist der genealogische Ansatz (vgl. Leidhold, i.E. 2018). Er geht davon aus, dass nicht alle Erfahrungsdimensionen von Beginn der Menschheit an gegeben waren. Stattdessen werden die verschiedenen Erfahrungsdimensionen erst im Laufe der Geschichte entdeckt, differenziert und artikuliert. Während die gegenständliche Erfahrung die Grundlage für das Überleben in feindlicher Umgebung darstellt und insofern von Anfang an vorhanden war, werden alle anderen Erfahrungsdimensionen – beginnend mit der Imagination – erst nach und nach entdeckt, artikuliert und institutionalisiert. So lässt sich beispielsweise in den Texten der Religionsstifter Zarathustra und Echnaton der – nach aktuellem Kenntnisstand – erste Ausdruck der Entdeckung des Selbstbewusstseins ausmachen, insofern als hier erstmalig ein sich selbst identifizierender Autor auftritt und seinen Erfahrungsbericht verbürgt (vgl. *ibid.*).

Bei dieser Perspektive handelt es sich nicht um die Konstruktion einer Fortschrittsgeschichte; vielmehr wird auch die Möglichkeit des Verschüttens oder Ausblendens bestimmter Erfahrungsdimensionen mit einbezogen und konkret beschrieben. Ein solches Phänomen identifiziert die Perspektive der Genealogie der Erfahrung beispielsweise in der Verbreitung des Empirismus ab dem siebzehnten Jahrhundert, der die Möglichkeit der spirituellen Erfahrung oder die Spezifik der rationalen Erfahrung allgemein verneinte (vgl. Leidhold 2008: 21 ff.; 53).

Um kommuniziert werden zu können, muss eine Erfahrung zunächst artikuliert werden, etwa in Form von Artefakten, Bildern oder Texten. Gegenstand der Analyse können dementsprechend immer nur die Artikulationen von Erfahrung sein, nicht die Erfahrung selbst (vgl. Taylor 2002: 29 f.; Hartmann 2010: 10; Leidhold i.E. 2018). Dass die Erfahrung eines anderen nicht unmittelbar zugänglich-

13 Eine genauere Charakterisierung wird zu Beginn der Kapitel 3,4,5 und 6 gegeben, die jeweils einer der genannten Erfahrungsdimensionen gewidmet sind.

lich ist, ist auch der Ursprung des Unbehagens, das beispielsweise die Suche nach Plagiaten im Bereich der rationalen Erfahrung oder die Jagd auf „Heuchelei“ in Bezug auf die emotionale oder spirituelle Sphäre befeuert, was zu einer Atmosphäre des Verdachts führen kann (vgl. Arendt 2001 [1965]: 122 ff.). Eine solche Verdachtshermeneutik wird im Folgenden jedoch nicht zu Grunde gelegt. Vielmehr wird die Beweislast insofern umgekehrt, als der Vorwurf der „Heuchelei“ einer besonderen Begründung bedarf, beispielsweise des Nachweises von Inkonsistenzen, Implausibilität oder eines bestimmten strategischen Interesses.

Anerkannt wird jedoch, dass die Artikulation der jeweiligen Erfahrung immer auf ein bestimmtes Vokabular angewiesen ist, um ausgedrückt werden zu können (vgl. Taylor 2002: 30) und dieses Vokabular gesellschaftlich und durch ideengeschichtliche Tradition vermittelt ist.

Wie eingangs erwähnt, wird für die zweite Analyserichtung auf Ansätze der Ideengeschichte rekurriert, um zu untersuchen, welche vorhergehenden Artikulationen von Erfahrungen, welche Motive, Ideen und Kanones den Horizont eines Autors prägen. Zentral sind hier besonders die Ansätze, die im Anschluss an Isaiah Berlin die „Macht der Ideen“ (Berlin 2002 [1958]: 167) ernst nehmen und gleichzeitig im Sinne Arthur Lovejoy das Augenmerk auf die Wiederkehr und Transformation von bestimmten Kernideen lenken (vgl. Lovejoy 1950 [1936]).

Dass Ideen nicht nur über zeitliche, sondern auch über kulturelle Grenzen hinweg migrieren, soll dabei ebenfalls berücksichtigt werden. Darauf legt besonders das Teilgebiet der Politischen Theorie sein Augenmerk, das sich als Transkulturell Vergleichende Politische Theorie herauskristallisiert hat (vgl. z.B. Euben 2002: 28; Zapf 2011: 20 f.).

Im Gegensatz zu konkurrierenden Vorgehensweisen der Ideengeschichte wie der Cambridge School (vgl. etwa Skinner 2002 [1969]) oder der Diskursanalyse (vgl. Foucault 1992 [1972]) verlieren die hier zu Grunde gelegten Ansätze die Wirkung bestimmter Kernideen über längere Zeiträume hinweg nicht aus dem Blick (vgl. auch Thumfart 2013: 141). Auch die Tatsache, dass die Diskursanalyse den Gedanken einer „rohen Erfahrung“ (Foucault 1992 [1972]: 31) als durchschaubaren Versuch verwirft, „die Realität des Diskurses zu übergehen“ (ibid.), also die Einschränkungen des je Sagbaren zu verdecken, macht sie mit dem hohen Stellenwert inkompatibel, der der Erfahrung – wenn auch nicht der „rohen“ – in der vorliegenden Arbeit beigemessen wird.

Diese beiden Analyserichtungen werden im Folgenden verknüpft, um die Rekonstruktion und Reflexion des Zusammenhangs von Erfahrung und Engagement in der Globalisierungskritik zu ermöglichen. Es geht somit zum einen darum, in Anschluss an Voegelin und Leidhold die Erfahrungsmomente zu iden-

tifizieren, die die Ausgangspunkte für Motive, Formen und Ziele des in der Globalisierungskritik geforderten politischen Engagements bilden. Zum anderen sollen die Traditionsbestände dingfest gemacht werden, auf die die Autoren und Bewegungsorganisationen rekurrieren, um zu begründen, warum, wie und wozu politisches Engagement gegen die aktuelle Form der Globalisierung sinnvoll und notwendig ist.